Nr. 55. Halle a. S., Mittwoch den 6. März 1901. 12. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus, durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsvers. sammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7888.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr 21, Hof 2 Tr — Expedition Geiststr. 21, Hof part. r.

Konzentration des Großkapitals.

Seit Wochen, so schreibt Genosse Calwer in seinem volkswirtschaftlichen Wochenbericht, kursierten Gerüchte über die Verschmelzung der bedeutendsten amerikanischen Eisen- und Stahlwerke. Nach langwierigen Verhandlungen und nach Ueberwindung langwieriger Schwierigkeiten ist diese großartigste Kombination von industriellen Betrieben, wie sie in der Wirtschaftsgeschichte noch nie dagewesen ist, am 26. Februar Wirklichkeit geworden. Am 25. Februar wurden beim Grafschaftsbureau der Hudsoncountry im Staate New-Jersey die Gründungsartikel der „Stahlkörperschaft der Vereinigten Staaten" mit einem nominellen Aktienkapital von 3000 Mill. Dollars eingetragen. Als Zweck der Gesellschaft wird in diesen Artikeln bezeichnet: Die Herstellung von Stahl, Eisen, Kupfer und anderen Materialien, Eigentum, Inbesitznahme und Erschließung von Gruben, Besitz von Transportmitteln. Um von dem Umfang der Vereinigung unseren Lesern einen Begriff zu geben, lassen wir nach den Berichten amerikanischer Zeitungen die einzelnen Gesellschaften folgen, die nunmehr von einer einzigen Direktion geleitet werden. Wie eine Kabeldepesche vom 27. Febr. meldet, beginnt die neue Direktion schon am 1. April ihre Thätigkeit. Die Aufzählung nennt in erster Reihe die Gesellschaft, in der zweiten bis vierten die Kapitalsumme jeder einzelnen Gesellschaft, die in Vorzugs-Stammaktien und Bonds zerfällt, und endlich in der fünften Reihe die jährliche Erzeugung in Tonnen. Der neuen Körperschaft gehören an:

	Vorzugs-aktien	Stamm-aktien in 1000 Dollar	Bonds	Jährliche Erzeugung in 1900 t
Carnegie Co.	—	160 000	160 000	3000
Federal Steel Co.	100 000	100 000	126 600	2250
National Tube Co.	40 000	40 000	—	1100
Americ. Bridge Co.	35 000	35 000	—	800
Americ. Steel and Wire Co.	40 000	50 000	15 630	1500
Pressed Steel Car Co.	12 500	12 500	—	425
National Steel Co.	27 000	32 000	2 811	1700
American Steel Hoop Co.	14 000	19 000	—	900
American Tin-Plate Co.	20 000	50 000	—	450
American Sheet Steel Co.	26 000	26 000	—	450
Pennsylvania Steel Co.	1 500	5 000	7 000	850
Colorado Fuel and Iron Co.	2 000	23 000	7 597	340
Lackawanna Iron and Steel Co.	—	25 000	—	600
Bethlehem Steel Co.	—	15 000	1 351	500
Cambria Steel Co.	—	16 000	—	750
Jones and Langhlins	—	20 000	—	600
Republ. Iron and Steel	25 000	30 000	—	1250
Crucible Steel	25 000	25 000	—	350
Americ. Iron and Steel	3 000	17 000	—	150
Americ. Car and Foundry	30 000	30 000	—	1000
U. S. Cast Iron Pipe and Foundry	15 000	15 000	—	550
Tenn. Coal, Iron and Steel	—	23 000	10 172	850
Sloß-Sheffield Steel and Iron	10 000	10 000	13 835	450
Empire Iron and Steel Co.	2 500	2 500	—	275
Summe	428 500	761 000	238 196	21090

Das Kapital der hier aufgeführten Gesellschaften beträgt nicht weniger als 1 427 696 000 Dollars oder rund 6 Milliarden Mark. Diese Ziffer ist so riesig, daß man dabei eher an vereinigte Budgets mehrerer Großstaaten denken möchte, als an die Gründung einer Privat-Aktiengesellschaft, die in letzter Linie diese Kombination ist. Die Produktion der 24 Gesellschaften beträgt in Eisenprodukten allein 21 090 000 Tonnen. Um einen Vergleich zu ermöglichen, haben wir für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie die Erzeugung für das Jahr 1898 zusammengerechnet und zwar die Erzeugung an Roheisen sowohl als die Verarbeitung des Roheisens zu Halbzeug, Stahl, Eisenbahnschwellen, Röhren, Draht, Bleche 2c. Dabei stellt sich heraus, daß Deutschlands Eisenerzeugung im ganzen 15 836 500 Tonnen beträgt, also rund nur drei Viertel der Produktion des amerikanischen Stahl- und Eisentrusts. Außerdem erzeugen die einzelnen Gesellschaften außer Stahl und Eisen auch noch andere Waren, so namentlich Kohlen. Auch sind sie im Besitz von Eisenbahnen, Schiffen und Anteilen großer Bahnen.

Die Vereinigung hat die Wirkung, daß die amerikanische Eisenproduktion noch weit leistungsfähiger wird, als sie es bisher schon gewesen ist. Die Ersparnisse an Generalunkosten allein werden auf 100 Millionen Dollars jährlich angegeben. Die weitestgehende und vorteilhafteste Arbeitsteilung soll durchgeführt werden. Die neue Eisengesellschaft wird nicht nur den Eisenmarkt der Vereinigten Staaten, sondern den der ganzen Welt beherrschen. Es ist ein ausgesprochener Zweck der Gründer dieser Riesengesellschaft, durch Unifizierung der amerikanischen Eisenproduktion eine einheitliche und straffe Organisation des Exportes herbeizuführen, die Preisgestaltung innerhalb der Vereinigten Staaten so zu gestalten, daß die auf dem heimischen Markte nicht unterzubringenden Massen an Eisen und Stahl zu Preisen auf die Auslandsmärkte geworfen werden können, die jeder Konkurrenz die Spitze bieten. Für die Eisenindustrie Englands und Deutschlands bedeutet die neue Bildung eine eminente Gefahr. Die Vereinigten Staaten haben schon bisher mit großem Erfolge auf den Eisenmarkt Europas Einfluß gehabt, ohne uns indessen die Selbständigkeit der Preisbildung nehmen zu können. Es gelang den Amerikanern trotz vereinzelter gelungener Exportversuche im großen und ganzen noch nicht, Europas Markt derart mit Eisen zu beschicken, daß der amerikanische Preis ausschlaggebend geworden wäre. Dieses Ziel wird aber durch die Bildung der Riesengesellschaft erreicht. Zwei Ursachen führen die Ueberlegenheit der amerikanischen Eisenindustrie herbei. Einmal produzieren die Amerikaner weit mehr, als ihr Inlandsmarkt aufzunehmen vermag; sie sind daher auf den Export angewiesen. Zweitens produzieren sie wesentlich billiger als Deutschland und England. Diese beiden Thatsachen gestatten der neuen Körperschaft, die eine einheimische Konkurrenz in nennenswertem Grade nicht mehr zu befürchten hat, nach alter Geschäftspraxis die Normierung von zweierlei Preisen, die sich gegenseitig ausgleichen. Der niedrige Preis dient zur Eroberung der ausländischen Absatzgebiete und zur Niederwerfung jeder Konkurrenz auf dem Weltmarkt; der höhere Preis herrscht im natürlichen Absatzgebiete des Trusts. Es giebt nunmehr kein Land mehr, dessen Eisenindustrie der kommenden Preisdiktatur der United States Steel Corporation sich auf die Dauer entziehen könnte. Daß dadurch aber nicht nur die deutsche Eisenindustrie, das an ihr investierte Kapital, sondern vornehmlich auch der Arbeitsmarkt in hohem Grade tangiert werden wird, ist zweifellos. Aus diesem Grunde schon war es nötig, diese neue Gründung an dieser Stelle ausführlich zu besprechen, da die ersten Wirkungen der Geschäftsthätigkeit des Riesenunternehmens auf dem deutschen Eisenmarkt in absehbarer Zeit eintreten werden. Wenn man in Zukunft über die Gestaltung des deutschen Eisenmarktes zu sprechen haben wird, so werden die Einwirkungen, die von den Aktionen der einheitlich geleiteten und straff organisierten amerikanischen Industrie ausgehen, eine führende Rolle spielen. Die zunehmende Abhängigkeit der alten Welt von der neuen ist mit dem 26. Februar in ein besorgniserregendes Stadium getreten.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 5. März 1901.

Der Reichstag

hatte gestern ein recht umfangreiches Tagespensum abzuarbeiten. Zuerst wurde in erster und zweiter Lesung eine Novelle zum Posttaxgesetz erledigt, welche besondere Gebühren für abzuholende Briefe einführt, falls der Empfänger ein ihm unmittelbar zugängliches, verschließbares Abholungsfach auf der Post erhält.

Beim Etat des Militärgerichtshofs wurde gegen den Widerspruch des Kriegsministers eine Resolution Gröber angenommen betr. Vorlegung einer Statistik über die Begnadigungen. Ferner wurde noch der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern erledigt. Abg. Richter regte mit Rücksicht auf die Preistreibereien des Papiersyndikats die Aufhebung oder Ermäßigung des Papierzolles an. Die Redner der Rechten, Graf Kanitz und v. Kardorff, versprachen sich von dieser Anregung keinen Erfolg, sondern verlangten ein gesetzliches Vorgehen gegen die Syndikate im allgemeinen. Freilich landwirtschaftliche Syndikate, wie den Spiritus- und Zuckerring, wollen die Herren von gesetzgeberischen Maßnahmen ausgeschlossen wissen. Das zeigte sich, als beim Titel Zuckersteuer Genosse Wurm die Preistreibereien des Zuckersyndikats zur Sprache brachte. Ein Gesetzentwurf betr. Besteuerung des Saccharins ist nunmehr, wie Schatzsekretär Frhr. von Thielmann mitteilte, im Reichsschatzamt festgestellt und wird demnächst dem Bundesrat zugehen.

Für heute steht — außer dem Reichsinvalidenfonds — der Etat des auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung. Bülow will reden.

Im preußischen Abgeordnetenhause

ist jetzt Zentrum Trumpf. Der schwarze Keil in der Mitte des Hauses bildet in diesen Tagen den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht. — Die Schwarzröcke sind gehr zahlreich versammelt und halten während der Sitzung auf ihren Plätzen aus, mögen sich die Reihen rechts oder links von ihnen noch so sehr lichten. Der Kultusetat steht auf der Tagesordnung

Der Millionenbauer.

Roman von Max Kretzer.

20] [Nachdr. verb.]

Nach fünf Minuten schritt Hugo in Gesellschaft Rigards die Treppe hinunter, nachdem er der Mutter das Versprechen abgenommen, dem Vater von dem Vergnügen des Abends nichts zu sagen, und ihr das seinige gegeben hatte, vor allen Dingen das Geschäft zu erledigen. Bereits mehrmals war es ihm aufgefallen, daß Rigard sehr unruhig gethan, einige Male durch das Fenster auf die Straße geblickt und zum Gehen gedrängt hatte. Nun blieb er mitten auf der Treppe stehen und ersuchte ihn, keinen Schreck zu bekommen, falls er da unten auf eine Ueberraschung stieße. Aber er könne nicht dafür, denn Dora habe ihn seit Wochen bereits gequält, sie mit ihm zusammen zu führen, geschähe es auch nur auf ein Stündchen beim Glase Bier.

„Was, die Kleine aus Wilmersdorf?" Seit jenem Abend war Hugo ihrer nicht mehr ansichtig geworden, trotzdem er sich mehr als einmal vorgenommen hatte, die flüchtige Bekanntschaft fortzusetzen. Und auch mit Rigard war er, seitdem er sich durch ihn bei jenem verabredeten Rendezvous hatte vertreten lassen, wenig zusammen gekommen. Nur einmal hatte er ihn flüchtig gesprochen und dabei in Erfahrung gebracht, daß der Freund ihm für das geschenkte Vertrauen gar nicht undankbar sei, und daß Hartwig eine Art platonisches Verhältnis angebandelt habe, das allerdings seiner schwärmerischen Natur ganz entsprach. Hugo war mit seinem Heiratsplan so überaus stark beschäftigt, daß das reizende Gesichtchen Doras beinahe seinem Gedächtnis entschwunden war. Was ihn aber hauptsächlich abhielt, auf einen Liebesscherz einzugehen, war die moralische Anwandlung, die er plötzlich bekommen hatte. Als zukünftiger Ehemann fühlte er sich verpflichtet, die Würde aller jener jungen Lebemänner zu zeigen, die sich nach Ruhe sehnen und den Tag herbei wünschen, wo sie sich der Welt nur von der besten Seite zeigen können. Außerdem begann ihn die Liebe Martens zu rühren. Vor allem aber fürchtete er, daß sich aus einer leichtsinnigen Anknüpfung zarter Bande unangenehme Dinge entwickeln könnten, die geschaffen wären, seine Hoffnungen zu zerstören.

Noch ehe sie unten anlangten, sah sich Rigard veranlaßt, ihm weitere Mitteilungen zu machen. Es klang wie Eifersucht oder doch wie die vorherige Ankündigung zu erwartender unerwünschter Auftritte, als er sagte: „Ich bitte Dich aber, vorsichtig zu sein. Sie ist ein anständiges Mädchen, das sogar eine gute Schule besucht hat. Ich hatte bereits Gelegenheit, ihre Mutter kennen zu lernen. Signatur: etwas Beschränktheit, viel Leichtlebigkeit, aber durchaus gut-bürgerliche Gesinnung."

Heckenstett lachte auf, denn dieses Geständnis erweckte in seiner Phantasie eine weite Aussicht. „Also so weit seid Ihr bereits gekommen. Scheinheiliger Verräter! . . . Lieber Junge, Du wirst noch einmal gründlich hängen bleiben. Ich habe es Dir immer gesagt. Bei Deiner menschenfreundlichen Ansicht von der Welt —."

„Ruhig, da ist sie." In ihrer dunklen Kleidung erschien sie Heckenstett etwas fremd. Um Rigard nicht zu kränken, behandelte er sie ausgesucht höflich, entschuldigte sich wegen seines Unsichtbargewesens mit Unpäßlichkeit und dringenden Geschäften und hielt sich sehr reserviert. Es lag ihm vor allem daran, zum Notar seines Gläubigers zu gelangen. Später konnte sich die Situation immer noch ändern. Er war aber überrascht, als sie ihm die Hand entgegen streckte und sofort lebhaft wurde. „Also sieht man Sie doch einmal wieder, Herr Baron! Ich glaube schon, daß Sie nicht mehr Zeit hätten, an eine so unbedeutende Person, wie ich bin, zu denken." Ihre Freude war unverkennbar, trotz des bitteren Beigeschmacks in den letzten Worten. Sie strahlte förmlich in der Wonne dieses Wiedersehens, auf das sie so lange hatte warten müssen.

Rigard schien gar nicht mehr für sie zu existieren, so daß Heckenstett in Verlegenheit geriet und schließlich den Freund in Verdacht hatte, daß das eine abgemachte Sache sei, um ihn zu überrumpeln. Er brauchte nur in ihre leuchtenden Augen zu sehen, an den Druck ihrer Hand zu denken, um sich zu sagen, daß sie den ersten glühenden Kuß noch nicht vergessen, daß sie seinen Schmeicheleien und sinnbethörenden Redensarten eine größere Bedeutung, als er es vorausgesetzt, beigelegt habe, und daß ihr Verkehr mit Rigard nur dazu gedient haben könne, um nach ihm, Hugo, im geheimen um so mehr zu schmachten. Er hatte bereits einmal ganz dasselbe erlebt, und der gute Rigard, der nicht immer aus seiner Schüchternheit herauskam, weil er nicht bei jeder Gelegenheit Kognak trinken konnte, war ganz dazu geschaffen, gerade dort blind zu sein, wo andre sehr klar sahen.

Heckenstett vermutete in der That richtig. So oft Dora Tietz, die seit dem Tode ihres Vaters zu Hause Tapisseriearbeiten machte und eine kleine Meisterin in Perl- und Goldstickerei war, mit Hartwig zusammen gekommen war, hatte sie sich nach Hugo erkundigt. „Nun, was macht Ihr Freund?" war die erste Frage, die sie mit dem reizenden Lächeln eines hübschen Berliner Vorstadtmädchens stellte, das gewitzt genug ist, um die tieferen Gründe unter der äußeren Gleichgültigkeit zu verbergen. Endlich hatte er sie zu überreden vermocht, mit ihm ein Theater zu besuchen. Sie wollte erst nicht, gab aber dann die Einwilligung dazu unter der Bedingung, daß Heckenstett mitginge. Sie hatte mit ihm noch „ein Hühnchen zu rupfen" und wollte ihm persönlich ihren Dank sagen, daß er sie damals so schön „versetzt" habe. Du lieber Himmel, sie machte sich ja gar nichts aus ihm, aber wenn ein Dritter dabei sei, unterhalte man sich viel besser. „Gewiß, Herr von Rigard, ich kann Sie sehr gut leiden, aber Sie sind immer so ernst. Und ich sehe gern heitere Gesichter." Sie hatte ihn immer gern, wenn sie von seinem Freunde sprach!

Schließlich hatte er nachgegeben und sogar die Verwegenheit besessen, die vier Treppen im Südsten von Berlin zu erklimmen, um der vor Glück strahlednen Frau Tietz das Versprechen zu geben, Dora wieder munter und gesund zu Hause abzuliefern. Wenn er an die vielen Visitenkarten dachte, die dort oben an allen Thüren des nicht ganz reinlichen Flurs klebten! So viel er sich entsinnen konnte, hatte er zweimal das Wort „Musiklehrerin" und je einmal „Artistin" und „Komiker" gelesen. In dieser künstlerischen Umgebung mußte Dora mit der Zeit der Sinn für ihn aufgehen!

Nach etwa zwei Stunden saßen sie alle drei in einer Loge des Reichshallen-Theaters, für welches man sich auf Doras Wunsch entschieden hatte. Heckenstett war erst nach den beiden eingetroffen. Nachdem er unterwegs einem Blumenladen einen Besuch abgestattet, um einige „Wagenräder", wie er zu Rigard geäußert hatte, für den anderen Morgen zur Sendung nach Schöneberg zu bestellen, da das jüngste Fräulein Köppke Geburtstag feierte, kaufte er noch Handschuhe und weiße Binde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010306-17/fragment/page=0001

und die Freiheit des katholischen Kirchenkultus bildet fast allein das Verhandlungsthema. Gestern war bereits der dritte Verhandlungstag, die allgemeine Debatte aber kam noch nicht zu Ende. Der erste Redner war vorgestern der nationalliberale Abg. v. Eynern. Er brachte so etwas wie Sensation ins Haus. Er kündigte eine Rede gegen die Ausführungen des Kultusministers vom vorigen Sonnabend an, wenn der stenographische Wortlaut dieser Ministerrede vorliegen würde. Das Stenogramm aber werde den Abgeordneten erst zugänglich gemacht werden, nachdem es dem Staatsministerium vorgelegt worden sei. Die Mitteilung bedarf noch der Aufklärung. Bisher war so etwas nicht üblich. Es hat doch auch gar keinen Zweck, nachträglich Reden, die von Ministern im Parlament gehalten worden sind, einer Zensur des Staatsministeriums zu unterwerfen. Bisher war es doch Sitte, daß programmatische Minister-Erklärungen vorher im Ministerrate in ihrem Wortlaut genau fixiert wurden. Sollte die Herrn v. Eynern gewordene Mitteilung richtig sein, so würde das eine Zerfahrenheit und eine Wirrnis in der preußischen Regierung enthüllen, wie man sie unter der Präsidentschaft des Grafen Bülow, der doch die Einheitlichkeit der Regierung gegen früher zu verstärken versprochen hat, eigentlich nicht für möglich halten konnte.

Die große Zentrumsrede des Tages hielt Herr Bachem. Er machte den Konservativen eine förmliche Liebeserklärung. Nicht mit Unrecht nannte ihn der nationalliberale Herr Sattler nachher einen feurigen Liebhaber der Konservativen. Das konservativ-klerikale Kartell scheint besiegelt zu sein. Auch der freikonservative Vertreter, der unvermeidliche Herr v. Zedlitz, gab ihm noch im Verlauf der Sitzung sein Placet. Die Regierung, speziell Herr Studt, scheint davon ebenfalls sehr befriedigt zu sein, so convinent benimmt er sich gegen den Ultramontanismus. Was Herr Bachem über den Katholizismus und seine prinzipiellen Ansprüche sagte, war nicht neu. Er hat es schon oft gesagt und es entdeckt eigentlich des Interesses. Bedeutsamer waren seine Ausführungen zur Polenfrage, mit denen er seine Rede schloß. Nach einer Verurteilung der hakatistischen Bestrebungen, des deutschen Chauvinismus, trat er den Polen selbst sehr energisch entgegen. Solche Worte aus Zentrumsmunde an die Adresse der Polen sind bislang noch nicht gehört worden. Herr Bachem redete seinen polnischen Glaubensgenossen gar eifrig ins Gewissen. Er warnte sie vor polnischem Chauvinismus, er mahnte sie, gute Preußen zu werden und bat sie, den nationalistischen Radikalismus abzuschwören. Da müssen sich die Flundern wundern, sagt eine Berliner Redensart. In der That war die Verwunderung groß und man würde sich vielleicht auch jetzt noch über den antipolnischen Zentrumsvorstoß wundern, wenn Herr Bachem nicht undiplomatisch bald nachher des Rätsels Lösung gegeben hätte. Der Antipolonismus im Zentrum hat seinen Grund in Wahlkreisschmerzen. Die Polen stellen polnische Sonderkandidaturen gegen das Zentrum auf und das können die Herren nicht vertragen. Das Zentrum sieht auch mit Schrecken, daß die Polen der Sozialdemokratie allmählich die Thore öffnen. Das sind böse Wahrzeichen für die nächsten Wahlen. Der Zentrumsturm könnte in den polnischen Landesteilen ins Wackeln geraten und dem muß vorgebeugt werden. Hiec illae lacrimae.

Die weitere Debatte stand an Interesse hinter diesem Zwist unter bisherigen Freunden zurück. Die nationalliberalen Herren Sattler und v. Eynern gebrauchten scharfe Worte gegen den Ultramontanismus zu weit entgegen kommenden Minister Dr. Studt. Herr v. Eynern faßte das Gefühl seiner Freunde über diese Ministerreden in die lapidaren Worte zusammen: Nun können wir ja alle wieder katholisch werden. Herr Studt beeilte sich zu versichern, daß er trotz aller Konnivenz gegen den Katholizismus die Staatsoberhoheit ihm gegenüber wahren wolle und verhielt sich kühl abweisend gegen den oberschlesischen Erzpriester Glowatzki, der ein bewegliches Klagelied über die Eliminierung der polnischen Sprache im Volksschulunterricht angestimmt und um Aufhebung des Verbots wenigstens für den Religionsunterricht inständigst gebeten hatte. Der freisinnige Abg. Kopsch war für Gleichlegung der Volksschulferien mit den Ferien der höheren Schulen und eine gesetzliche Neuregelung der Schulpflicht eingetreten. Herr v. Zedlitz hatte die Abtrennung der Medizinalabteilung vom Kultusministerium verlangt. Dann wurde die Debatte vertagt.

Zu den Patrioten, die sich recht gut bezahlen lassen, gehören die Herren Stumm und Krupp. Wie aus dem schriftlichen Bericht der Budgetkommission zu ersehen ist, lieferte Krupp an Amerika die Tonne Panzerplatten für **1920 Mk.,** während Deutschland für dieselbe Ware **2320 Mk.** zahlen muß, für jede Tonne somit **400 Mk. mehr.** Da zum Bau der deutschen Flotte jährlich 7500 Tonnen Nickelstahlpanzerplatten verbraucht werden, wird das Deutsche Reich für die Dauer des Flottenbaues um die Kleinigkeit von **60 Millionen Mark** geschröpft. Dieser Patriotismus lohnt sich.

Abgeordnete als Rekruten. Vom Berliner Polizeipräsidenten ist dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses folgendes Telegramm zugegangen:

Zur Aufstellung der Herren Abgeordneten wird Raum auf Westseite der Siegesallee zwischen den Gruppen Otto III., Johann I. und Otto IV. mit dem Pfeil freigehalten werden.

Es handelt sich um die Beteiligung der Abgeordneten an der Enthüllung mehrerer Statuen in der Siegesallee. Daß die Abgeordneten zur „Aufstellung" kommandiert werden wie Rekruten, Kriegervereinler oder Schützengilden, ist amüsant. Ob wohl die Mitglieder des Herrenhauses eine gleichlautende Aufforderung erhalten haben?

Rechnen schwach. Oberstleutnant Gerding hatte die Kostenanschläge für den Bau der deutschen Ostafrikabahn begründet und den Betrag für das Kilometer auf höchstens 55 000 Mk. — früher hatte er gar nur 45 000 Mk. herauskalkuliert — festgesetzt. Der Afrikakenner Prof. Hans Meyer hatte ihm dagegen nachgewiesen, daß das Kilometer sich auf 100 000 Mk. belaufen würde und daß somit der Bahnbau doppelt so hoch zu stehen kommen müßte, als dem Reichstag gesagt worden. Jetzt stimmt der bekannte Afrikareisende Schweinfurth dem Prof. Meyer vollständig zu. Hätte der Reichstag A gesagt, so hätte er notwendig auch B und C sagen und die übrigen Millionen nachbewilligen müssen.

Noch ein Namens-Scherz. Aus unserem Leserkreise geht uns als Variante zur tagesgeschichtlichen Notiz in der gestrigen Nummer folgende neue Zusammenstellung der gegenwärtigen Minister zu:

Hammerstein
Posadowsky
Schönstedt
Studt
Bueelow
Rheinbaben
Thielen
Goßler
Miquel
Bielefeld

Da Bismarck einst von hervorragender Seite als „Handlanger" Wilhelm I. bezeichnet worden ist, werden seine Nachfolger und Ministerkollegen den Scherz, der zugleich das Wort: „Der alte Kurs wird weiter gesteuert" bekräftigt, nicht übel auffassen. Poddielski hat freilich bei dieser Zusammenstellung nicht untergebracht werden können.

Gegen den Brotwucher. Eine von Kleinbauern und Landarbeitern des Kreises Nürnberg-Altdorf starkbesuchte Versammlung nahm nach einem Vortrag des Genossen Scherm einstimmig eine Resolution gegen jegliche Erhöhung der Getreidezölle an. — Dagegen verlangen die hungernden Großgrundbesitzer im Rheinland einen Zoll von mindestens **8 M.** pro Doppelzentner. — Der Antisemit Köhler in Hessen ist bescheidener; er will sich schon mit einem Zoll von **7 M.** zufrieden geben, wenn dieser Zoll auch auf Hafer und Gerste ausgedehnt wird. Das Zentrum, dessen Führer Windthorst 1879 gegen die Erhöhung des Getreidezolles auf 1 M. pro Doppelzentner stimmte, ist schon längst mit fliegenden Fahnen in das Lager der Brotwucherer abgeschwenkt.

Zur Umsatzsteuerfrage liegt ein bemerkenswerter Beschluß des Gemeinderats in Löbtau bei Dresden vor. In der dortigen Gemeinde besteht die Umsatzsteuer, zu deren Einführung in Sachsen die Gemeinden für berechtigt erklärt worden sind, seit etwa 2½ Jahren. Sie beträgt 2 Prozent vom Umsatz und soll für dieses Steuerjahr 33 000 Mk einbringen, wozu der Konsumverein allein 16 000 Mk beizutragen hätte. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter beantragten, wie schon einmal erfolglos, die Aufhebung dieser Steuer. Diesmal nahm die Sache eine andere Wendung. Auf die eingehenden Darlegungen der Antragsteller wurde schließlich allseitig zugegeben, daß die Steuer gegen den Konsumverein durchaus ungerecht sei und vielfach wurde auch zugegeben, daß die erwarteten Wirkungen auf den Mittelstand ausgeblieben sind. Man konnte sich aber in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinde nicht zu einer sofortigen gänzlichen Aufhebung der Steuer entschließen, einigte sich jedoch schließlich dahin, zunächst die Hälfte der Steuer fallen zu lassen. Es wird demnach für dieses Jahr nur ein Prozent des Umsatzes als Steuer erhoben und es ist zu erwarten, daß es den Arbeitervertretern gelingt, bald auch den Rest der ungerechtesten aller Steuern zu beseitigen.

Die Gewerbegerichts-Kommission des Reichstags hat die erste Lesung der Abänderungsanträge zum Gewerbegerichts-Gesetz beendet. Es wurde beschlossen, dem Gesetz einen neuen § 62a hinzuzufügen, welcher in den Fällen, wo das Gewerbegericht als Einigungsamt fungiert, den Erscheinungszwang für die streitenden Parteien bezw. deren Vertreter anordnet. Dieser Antrag war gleichzeitig von den Sozialdemokraten und dem Abg. Trimborn (Zentrum) gestellt. Die nicht erscheinenden, zur Verhandlung vor dem Einigungsamt geladenen Beteiligten sollen mit einer Geldstrafe bis zu 100 M. belegt werden können. Der Antrag unserer Genossen, daß das Einigungsamt einen Schiedsspruch zu fällen hat, auch wenn sich nur eine der am Streit beteiligten Parteien vor dem Einigungsamt einfindet, die andere aber trotz der festgesetzten Strafe sich weigert, zu erscheinen, wurde abgelehnt.

Zu § 68 hatte Genosse Tutzauer beantragt, daß die im § 21 festgesetzten Strafbestimmungen für die Beisitzer des Gewerbegerichts, welche zu den Sitzungen sich nicht einfinden, auf die Beisitzer und die auf Grund des § 63 zugezogenen Vertrauensmänner des Einigungsamt entsprechende Anwendung finden sollen. Dieser Antrag fand indes nicht die Zustimmung der Mehrheit der Kommissionsmitglieder.

Der jetzige § 70 des Gesetzes besagt, daß zur Vorbereitung von Gutachten über gewerbliche Fragen, welche das Gewerbegericht auf Ansuchen von Staatsbehörden oder des Vorstands des Kommunalverbands abzugeben verpflichtet ist, Ausschüsse gebildet werden können. Ein sozialdemokratischer Antrag, welcher verlangte, daß solche Ausschüsse bei allen Gewerbegerichten gebildet werden müssen, wurde abgelehnt; ebenso der Antrag unserer Genossen, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts verpflichtet sein soll, den Ausschuß einzuberufen, wenn der vierte Teil der Beisitzer des Gewerbegerichts dies beantragt. Die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, daß eine solche Bestimmung nicht durch das Gesetz, wohl aber durch das Statut des Gewerbegerichts getroffen werden könne. — Auf Antrag des Genossen Tutzauer wurde der § 70 noch dahin erweitert, daß die Gewerbegerichte auch ohne Ansuchen der im Absatz 1 dieses Paragraphen genannten Behörden 2c. das Recht haben sollen, Gutachten und Anträge (Petitionen) über gewerbliche Fragen an Vertretungen von Kommunalverbänden, der Bundesstaaten oder des Reichs zu richten.

Den Absatz 3 des § 79 des Gewerbegerichts-Gesetzes, welcher bestimmte, daß gegen die Entscheidungen der Innungs-Schiedsgerichte binnen 10 Tagen die Berufung bei den ordentlichen Gerichten offen steht, beschloß die Kommission zu streichen, da derselbe durch den § 91b der Gewerbe-Ordnung bereits außer Wirksamkeit getreten ist, indem dort angeordnet ist, daß die Entscheidungen der Innungs-Schiedsgerichte in Rechtskraft übergehen, wenn nicht binnen einer Notfrist von einem Monat eine Partei Klage bei dem ordentlichen Gericht erhebt.

Die Folgen. Ein großes deutsches Eisenwerk erhielt dieser Tage von seinem russischen Agenten folgendes Schreiben:

„Nach langem Verhandeln muß ich Ihnen leider mitteilen, daß meine Bemühungen in Ihrem Interesse vergeblich geblieben sind. Die hiesige Maschinenbauwerkstatt hat zu gleichem Preise die Anlage übernommen und verlohnt sich weitere Bewerbung jetzt nicht, da unter den drohenden Zollwirren **überhaupt deutsche Konkurrenz nicht mehr in Frage kommt.**"

Und das ist erst der Anfang! Werden die Schutzzöllner siegen, dann wird der russische Wind noch ganz anders pfeifen.

Neue Chinatruppen. Aus Kiel sind 300 Offiziere und Mannschaften nach Wilhelmshaven abgegangen, um nach Kiautschou eingeschifft zu werden. Wilhelm II. ist gestern in Wilhelmshaven eingetroffen.

Landarbeiter und Getreidezölle. Als voriges Jahr die Grenzsperre für Fleisch eingeführt worden war, schrieb man aus der Provinz Posen:

„Die Grenzsperre hat auch in der Provinz Posen die Fleischpreise außerordentlich in die Höhe getrieben. Das gewöhnliche Schweinefleisch kostet jetzt 90 Pf. und besseres 1 M. Dabei wird im Sommer den Ernte-Arbeitern für den Tag 1,20 bis 1,80 M. Lohn gezahlt, während in den übrigen Jahreszeiten der Tagelohn durchschnittlich 80 Pf. beträgt. Die oft 15- bis 16stündige Tagesarbeit des Landarbeiters hat also dann noch nicht einmal den Wert eines Pfunds Schweinefleisch. Die Nahrung des Arbeiters besteht denn auch nur aus Kartoffeln, Buttermilchsuppe, Brot, Hirse, Grütze, Kraut, Kohl, Erbsen und Zichorienkaffee. Eine Delikatesse bildet schon der Hering. Früher konnten die Arbeiter noch am Sonntag ein Stück Fleisch essen. Heute sind diese „schönen" Zeiten vorbei. Infolge der Grenzsperre haben selbst in der Stadt Posen, wo die Arbeiter am wenigsten schlecht bezahlt werden, viele Arbeiterfamilien schon seit fünf oder sechs Wochen keinen Bissen Fleisch mehr genossen.

Nicht anders würden auf die Verhältnisse der Landarbeiter neue Zollerhöhungen wirken und es ist widerlich demagogisch, wenn die Junker „im Namen der Landwirtschaft" die Zollerhöhungen fordern. Als ob nur die paar Tausend Junker die Landwirtschaft wären!"

99½ Prozent des deutschen Volks sollten sich von dem restlichen ½ Prozent ausplündern lassen? Erfreulicherweise kommen immer weitere Volkskreise, sich der drohenden Gefahr bewußt werdend, in Bewegung und weithin tönt der Ruf: Nieder mit dem inneren Feind, den Lebensmittel-Wucherern!

---

für die wichtige Visite am anderen Tage, und langte dann gerade vor Schluß des Bureaus bei dem Notar an. Was er vorausgesetzt, traf ein: man war überhaupt froh, Geld zu sehen, was man gar nicht erwartet zu haben schien, und so war es nicht schwer, mit Fünfundzwanzigtausend los zu kommen, nachdem der Notar nunmehr keinen Zweifel mehr hegte, daß in nicht zu langer Zeit der Rest folgen werde. So schied man sehr befriedigt von einander; der Notar mit einer tiefen Verbeugung, und Heckenstett mit der selbstbewußten stolzen Höflichkeit eines Mannes, der nur in die Brusttasche zu fassen braucht, um weitere Zehntausend auf den Tisch zu legen, falls man es wünscht.

Gleich nach seinem Eintritt in die Loge fing Rigard an, etwas verstimmt zu werden, denn es gehörte nicht viel Scharfsinn dazu, um zu bemerken, daß Dora ihr Interesse sofort Heckenstett zuwandte und ihr verlockendstes Lächeln zeigte, das er jemals an ihr bewundert hatte. Sein größter Ärger war, daß Hugo das ganz selbstverständlich fand, seine liebenswürdigste Seite zeigte und so that, als wäre sie seine Begleiterin und nicht die eines andern.

Heckenstett fühlte sich allerdings ganz plötzlich wieder zu ihr hingezogen, und dafür konnte er nicht, denn ihr Anblick war wahrhaft berauschend. Er hatte nicht vorausgesetzt, sie noch schöner und reizender zu finden, als bei ihrer ersten Begegnung, wo das duftige Kleid die erste Herausforderung zu seiner Annäherung war und die Umgebung seine Dreistigkeit entschuldigen mußte. Nun, in dem kokettirenden Barett, unter dem das schwere Haar wie ein goldblonder Strom hervorquoll, in dem geschmackvollen, mattneblauen Kleide, das ihr wie angegossen saß und in dem sie sich mit natürlicher Anmut bewegte, erschien sie ihm weit anziehender, gereifter, weiblicher.

Das Kleinbürgerliche, das ihr im Garten und im Tanzsaale angeheftet, hatte einer anderen Art des Benehmens Platz gemacht; das Mädchen aus dem Volke fühlte sich jetzt als große Dame, der man es nicht ansehen durfte, daß sie während des ganzen Tages über den Stickrahmen gebeugt saß und mit der Nadel die mühselige Arbeit des Perlenaufziehens verrichtete. Bis auf die feinen Glacees und silbernen Schlangenarmbänder zeigte sich alles an ihr einfach und elegant; selbst der Fächer fehlte nicht. Und doch machte sich nichts Zweideutiges in ihrem Wesen bemerkbar, schien sie sich nur der offenen Freude hinzugeben, einmal das Vergnügen eines derartigen Abends in vollen Zügen zu genießen. Nur Frische, Lebenslust und unschuldige Sehnsucht nach erlaubten Genüssen sprachen aus ihren Zügen, aus jedem strahlenden Blick, den sie umherfandte.

„Ah, Fräulein Lange", sagte sie plötzlich, als der Vorhang wieder in die Höhe ging und eine nicht mehr jugendlich aussehende, aber ebenmäßig gebaute Chansonnette in geschmackvollem Trikot die Bühne betrat und mit einer Klatschsalve begrüßt wurde. Heckenstett hatte den Zettel zur Hand genommen, um den Namen zu suchen. „Hier steht Delangee", sagte er leichthin.

„Ja, so nennt sie sich. Eigentlich heißt sie aber Lange. Sie wohnt mit uns auf einem Flur. Ihr Mann ist Komiker und spielt wo anders. Denken Sie nur, diese Person hat behauptet, ich hätte Stimme und könnte es zu etwas bringen, wenn ich mich ausbilden ließe. Mama hat sie aber auf den Schwung gebracht. Sie hat ihr einfach gesagt, daß ich zu gut dazu sei. Ich und singen!" fügte sie leise lachend hinzu, nachdem sie ihre Mitteilung sehr lebhaft vorgebracht hatte.

Heckenstett, der hinter beiden saß, stieß Rigard leise an, dieser aber wandte sich erstaunt seiner Nachbarin zu. „Haben Sie wirklich Talent dazu?" fragte er, in seinem Innern entzückt von dem Gedanken, daß er derjenige sein könnte, der ihr demnächst unentgeltlich Unterricht geben dürfte. In einer halben Minute machte seine Phantasie einen kolossalen Sprung, schwebte ihm ein Gefühl von ewiger Dankbarkeit und Liebe von seiten Doras vor.

„O gewiß, sehr viel. Ich bin sogar musikalisch und drehe den Leierkasten", gab sie zurück und kehrte sich lachend Heckenstett zu, indem heißen Atem sie während der ganzen Zeit auf ihrem Halse fühlte. Dann bat sie sich von Rigard das Theaterglas aus und begann die Flurnachbarin eifrig zu fixieren.

Der Vortrag war zu Ende. Von unten herauf erscholl betäubendes Klatschen. Man sah nur ein Meer von Köpfen und in Bewegung geratener Hände. Diesem Begeisterungsschlachtfeld entstiegen große Wolken Zigarrendampfes und schufen eine dicke Luft, durch welche alles wie in einem blauen Nebel glitzerte und flimmerte: die Strahlen des elektrischen Lichtes, die jeden Winkel taghell erleuchteten, der vergoldete Stuck der Säulen, das riesige in der Luft schwebende Fangnetz und die ganze buntbewegte Menge, die sich reckte und dehnte, die Hälse streckte und so lange tobte und brüllte, bis die trikotfarbenen Beine sich wieder zeigten und Augen und Ohren neue Nahrung bekamen.

Mitten im Gesang ertönte in der Nebenloge, die der Bühne näher lag, ein Poltern und zwei ältere Herren im Paletot, mit stark gerötteten Gesichtern, stiegen die Stufen hinab und nahmen, Schirm und Hut in der Hand haltend, auf den beiden Sitzen an der Brüstung, die leer geblieben waren, Platz.

Alle drei hatten zuerst nur ihre Rücken sehen können, da sie ebenfalls ziemlich vorn saßen und die linke Seite der anderen Loge besetzt war. Nach etwa fünf Minuten erschallte nebenan ein so kräftiges Klatschen, daß alles aufblickte und sich der Stelle zuwandte, wo die beiden saßen. Gleich darauf sagte jemand ganz laut: „Die is jut, was?"

Heckenstett erkannte sofort Köppke an der Stimme, wurde sehr unruhig und beugte sich weit über die linke Schulter Doras, daß beider Wangen sich berührten. Als Dora sich dann mit der Frage an ihn wandte: „Ist das nicht der dicke Herr aus Wilmersdorf?" wurde auch Rigard auf ihn aufmerksam.

Köppke kehrte ihm gerade das Gesicht zu. Die halbverrauchte Zigarre im Mund, das goldene Pincenez auf der Nase, sah er gerade so unternehmungslustig aus wie damals, als er mit ihnen durchaus nach Berlin fahren wollte. Er hatte auch alle Ursache dazu, denn heute war Sonnabend, sein sogenannter „Tag", den er sich selbst regelmäßig in der Woche schenkte, wie er zu sagen pflegte, und „um Berlin unsicher zu machen", wie Hennicke, sein steter Begleiter, hinzufügte. Er befand sich an seiner Seite: ein Mann mit einem Stiernacken, auf dem der große, fahlgeschorene Kopf zwischen den Schultern eingekeilt saß, so daß vom Halse nur ein schmaler Streifen, der hinten wie ein rotes Band leuchtete, zu sehen war. Wie ein Stück Wand zeigte sich sein Rücken den hinter ihm Sitzenden; die Hälfte seines Körpers ragte weit in den Durchgang hinaus. Er machte den Eindruck eines Riesen in einem Kinderstuhle.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010306-17/fragment/page=0002

Bei den Kaisermanövern, die dieses Jahr in Ost- und Westpreußen stattfinden werden, soll auch die Flotte mit in Aktion treten. Wie das ausgeführt wird, darüber verlautet noch nichts Näheres.

Ausland.

Oestreich. Wegen angeblicher Ertragslosigkeit der Blei- und Zinkgruben bei Guggenberg, Rabenstein und Peggau wurde den Arbeitern dieser Gruben gekündigt. Was aus den Brotlosen werden soll, kümmert in unserem kapitalistischen Ordnungsstaat niemanden.

Italien. Die preußische Regierung soll beim Vatikan Protest eingelegt haben gegen die Ernennung Zorn von Bulachs zum Bischof in Metz.

Dem Streik der Hafenarbeiter in Palermo schlossen sich sämtliche Bäcker und Kutscher an, so daß das Brot aus dem Innern der Insel, sowie aus Neapel herbeigeschafft werden muß.

Krieg in Südafrika. Nachrichten von Belang liegen heute nicht vor, und die Nachricht aus England, Botha habe ein heimliches Abkommen wegen Uebergabe mit Kitchener getroffen, verdient so wenig Glauben, wie alle anderen aus dieser Lügenfabrik in die Welt gesetzten Meldungen.

Der Kampf in China.

Graf Waldersee hat den Befehl für eine weitere Expedition gegeben, die am 7. März abgehen soll.

Die italienischen Truppen haben in Peking einen großen chinesischen Tempel, der zum Sommerpalast gehörte, in Brand gesteckt und dadurch auch ihrerseits bewiesen, wie weit sie es in der Kultur gebracht haben.

Die Rückkehr des Hofes nach Peking soll Ende März in Aussicht stehen. Um die Rückkehr zu erleichtern, ziehen Japan, Rußland und Amerika ihre Truppen aus China zurück.

Englische Bestätigung der Hunnentaten.

In der Concord, Zeitschrift für die „Internationale Friedensgesellschaft", schreibt ein englischer Offizier über seine Wahrnehmungen in China. Es heißt da u. a.:

„. . . Zwischen Peking und der Küste passierte ich viele kleine Städte und Dörfer; überall war geplündert worden, viele waren von den Bewohnern verlassen, still und leer lagen sie da, wie die Ruinen von Ninive oder Babylon. Nur Kulis sah man hier und da, die von den Verbündeten zur Arbeit gezwungen waren. Außer in Peking und Tientsin begegnet man sonst in jener Gegend keinen Eingeborenen, und jene zwei Städte dürften kaum noch ein Sechstel ihrer ehemaligen Bevölkerung haben. **Tausende unschuldiger Leute sind abgeschlachtet, überall sieht man die Merkmale böswilliger Zerstörungswut und Gewaltthätigkeit.** Ich hoffe und glaube, daß die Engländer weniger grausam gewesen sind als die anderen, aber sie haben auch ihr Teil am Ganzen gehabt.

Nur wenige Chinesen legen ihr Geld auf Banken an, sie heben es in Kästen und Schränken auf oder vergraben es in der Nähe ihrer Häuser. Die Soldaten beschränkten sich nicht auf die **Plünderung der Häuser,** sondern gruben auch in den Gärten den Schätzen nach. **Seide wurde in Ballen gestohlen,** Porzellan, Pelze, Kunstgegenstände, alles wurde geraubt. In Tientsin wurde die Münze und andere offizielle Gebäude geplündert, viele Soldaten hatten mehr Silber zusammen gestohlen, als sie tragen konnten.

Große Mengen der zusammengeraubten Gegenstände wurden in den täglich stattfindenden (Plünderungs-) Auktionen versteigert; diese Auktionen wurden in den Räumen der **englischen Gesandtschaft** abgehalten. Nach der Einnahme von Peking ergriffen die Truppen Besitz von der kaiserlichen Garderobe, wo eine immense Menge von Kleidern aufgestapelt war. Mannschaften und Offiziere schleppten ganze Koffer voll davon fort. Als der amerikanische Kommandeur davon hörte, ließ er den Rest der Garderobestücke festhalten, und dann war auch bei den Amerikanern alle Tage — Auktion. Die prächtigsten Dinge kann man für ein Spottgeld haben.

Es geschehen merkwürdige Dinge hier von unseren Offizieren und „Gentleman". Die Zwangsarbeit, die den Kulis auferlegt wird, hat zu bedauernswerten Zuständen geführt, sie hat im höchsten Grade demoralisierend gewirkt. **Es ist erstaunlich, wie schnell der Instinkt der Tyrannei im Menschen erwacht, wenn ihm eine Mitmenschen in unbeschränkte und unkontrollierte Gewalt gegeben sind."**

Wie ein Kenner über die Chinesen urteilt.

Sir Robert Hart, der zweifellos beste Kenner Chinas, der ein volles Menschenalter im Lande der Mitte lebte und dabei Gelegenheit hatte, gründlich Land und Leute, Sitten und Gebräuche kennen zu lernen, urteilt über die Chinesen wesentlich anders, als die deutschen „Kulturbringer", in deren Augen die Chinesen nur „Hunde" und „gelbe Bestien" sind. Sir Robert Hart führt u. a. aus:

Die Chinesen sind ein stolzes — einige sagen ein hochmütiges — Volk, aber sie haben sehr gute Gründe für ihren Stolz, und ihr Hochmut kann entschuldigt werden. Fern von der übrigen Welt haben sie für sich dahingelebt und ihre eigne Kultur entwickelt . . .

Die Künste des Friedens haben in den Augen eines jeden die erste Stelle eingenommen, und genau so wie die Macht dem Rechte weichen muß, so werden geistige Vorzüge überall geehrt, wo sie sich auch zeigen mögen, und die Führer des Volks sind die, die in den maßgebenden staatlichen Prüfungen bewiesen haben, daß sie mehr Begabung besitzen, als ihre Genossen. In keinem andren Lande genießt die Bildung so viel Achtung und Ehre, bringt so viel Nutzen und trägt so hohe Belohnungen ein; auf ihrer schwanken Leiter, die breit am Fuße, schmal an der Spitze ist, kann der Sohn des ärmsten Bauern zu den höchsten Stellungen unter den Staatsministern in nächster Nähe des Throns emporklimmen, und so groß ist die Verehrung für die Schriftzüge, jene einfachen Uebertragungsmittel des Gedankens, daß es als Entweihung gilt, auf ein beschriebenes oder bedrucktes Blatt Papier zu treten. . . . Die kindliche Liebe begründete gegenseitige Verantwortlichkeit, und diese wiederum ermöglicht die Herrschaft des Rechts ohne Rücksicht auf Macht; die negative Vorschrift, nichts zu thun, von dem wir nicht wollen, daß die andern es uns thun, machte aus der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten eine Tugend und begünstigte Vorurteilungslosigkeit und allseitige Toleranz.

Auch über die Ursachen der nationalen Erhebung der Boxer giebt Sir Robert Hart eine Darstellung, die wohl gehässig angegriffen, schwerlich aber als unrichtig nachgewiesen werden wird:

„Durch die Verträge von Tientsin erlangten die Fremden einige Vorrechte, die in der Folge von verschiedenen Eingeborenen, deren Interessen dadurch verletzt waren, als schädlich betrachtet wurden. . . .

Missionare ließen sich an manchen Orten im Innern des Landes nieder, und dies war die Ursache nicht nur der Streitigkeiten zwischen Bekehrten und Heiden, sondern auch von Klagen, daß sich die Missionare in die amtlichen Geschäfte der Orte mischten und dadurch sowohl die Mandarinen als das Volk reizten. Mehr aber als all dieses erbitterte die fortgesetzte Beleidigung, die in der Ausbedingung der Exterritorialität (Befreiung von den Gesetzen des Landes) lag. . . .

Auf chinesischer Seite haben wir Prinz Kung ausrufen hören: „Verschonen Sie uns mit Ihrem Opium und Ihren Missionaren und alles wird gut werden", während der noch größere Wen Hsiang, der um dieselbe Zeit gleichsam Prinzminister war, bei einer Gelegenheit sagte: „Beseitigen Sie Ihre Exterritorialitäts-Klausel, und Kaufleute und Missionare können gehen, wohin sie wollen". Es mag in der Sprache eines jeden eine gewisse Uebertreibung liegen, aber diese Sprache drückt eine Anschauung aus, und diese Anschauung verbreitet sich außerordentlich schnell."

Die besten und uninteressiertesten Chinakenner — Sir Robert Hart und Herr v. Brandt — geben über die Schuld an der Boxererhebung eine so übereinstimmende und einleuchtende Darstellung, daß die entrüsteten Ableugnungen der Schuldigen keinen Glauben finden können. —

Stadtverordneten-Sitzung

vom 4. März 1901, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Dittenberger.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Magistrats, wonach derselbe eine Vorlage betreffs des Haushaltsplanes der Hospitalverwaltung zurückgelegt, da durch den Tod eines Legaten Veränderungen eingetreten sind. Eine Petition des Schutzvereins der Papierhändler wird der Petitionskommission überwiesen. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25. Februar wurde in die Tagesordnung eingetreten.

I. und II. Feststellung und Aenderung des Haushaltsplanes für 1901. Zunächst genehmigt die Versammlung, daß auf Kapitel 6 des Haushaltsplanes (Allgemeine Verwaltung), welches bereits festgesetzt ist, noch das Gehalt und Kleidergeld (1100 und 50 Mk.) für einen Magistratsboten eingestellt wird, dessen Stelle schon früher genehmigt wurde. Das Kapitel Bauetat ist von der Baukommission noch nicht vollständig geprüft, weshalb Bau- und Finanzkommission übereinstimmend beantragen, das Kapitel vorläufig nur in Einnahme mit 93 228.49 Mk. und Ausgabe 711 873.59 Mk. festzusetzen, vorbehaltlich späterer Nachprüfungen. Die Stadtv. Albrecht, Krüger und Emmer wenden sich dagegen, daß das Kapitel, ohne daß es vorher vollständig vorgeprüft ist, festgesetzt wird; mit Pauschalsummen könne man dabei nicht rechnen. Wenn seitens des Magistrats darauf hingewiesen werde, die Regierung wünsche, daß die Steuern Anfang März festgesetzt werden, so sei darauf zu entgegnen, daß früher die Etatsberatungen bis Ende März dauerten. Man möge der Regierung gegenüber etwas Stabilität bewahren und dem Wunsche des Magistrats und der beiden Kommissionen nicht nachkommen. Die Versammlung beschloß aber den Anträgen der Kommissionen gemäß.

Bei dem Kapitel „Gemeinnützige Zwecke" beantragen die Stadtv. Albrecht und Krüger, die Position von 1200 Mark für öffentliche Festlichkeiten, Illuminationen und Ehrengaben, 3000 Mark für den Verein Volkswohl, 1000 Mk. für die Ferienkolonien und 2 Beträge von je 100 Mk. zur Bekämpfung der Tuberkulose zu streichen. Wenn der Magistrat zu öffentlichen Festlichkeiten Geld haben wolle, so möge er entsprechende Vorlagen machen; es sei auch nicht angängig, für einen bestimmten privaten Verein, der allerdings den schönen Namen Verein für Volkswohl führe, Gelder aus Gemeindemitteln zu bewilligen, und die Schwindsucht bekämpfe man nicht mit 100 Mk., solche Bewilligungen seien nicht geeignet, in irgend einer Weise auf die gefährliche Volkskrankheit einzuwirken. Wolle man etwas thun, so möge man selbst gute Heilstätten errichten. Die Anträge Albrecht und Krüger werden aber abgelehnt, desgleichen ein Antrag des Stadtv. Giese, den Fonds für die Kunstsammlung von 2700 auf 5000 Mk. zu erhöhen.

Bei dem Kapitel „Gemeindeabgaben" werden die hauptsächlichsten Steuern wie folgt festgesetzt: 120 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommen-Steuer, Grundsteuer 4,68 Prozent des Nutzungswertes, alles wie bisher. Die Immobilien-Umsatzsteuer wurde mit 1 Proz. vom Werte — 178 000 Mk. in den Etat eingestellt.

Punkt 3 der Tagesordnungsvorlage ist zurückgenommen.

IV. Der Haushaltsplan betr. Fürsorge für die Hinterbliebenen der städtischen Beamten für 1901 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 20 867.05 Mark ab und wird genehmigt.

V. Die Erhebung eines Zuschlags bei Abgabe von Pflastermaterial aus städtischen Beständen an Private wird nach dem Magistratsantrage und den Anträgen der Bau- und Finanzkommission geregelt

VI. Die Mittel zur Auffüllung des Bauplatzes vom Elektrizitätswerk gleich 17 500 M. werden endgiltig bewilligt Stadtv. Krüger regt hierbei an, die seiner Zeit dort entlassenen hiesigen Erdarbeiter, die durch fremde ersetzt worden sind, wieder einzustellen; wenn die fremden Arbeiter auch ein formales Recht haben, dort zu arbeiten, so verdienten die hiesigen aber wohl doch den Vorzug. Es sei bedauerlich, daß vom Magistratstische auf solche Anregung, die schon vor 8 Tagen gegeben worden ist, nicht geantwortet werde. Das es nicht geschieht, daraus könnte man ein Schuldbewußtsein folgern.

VII. Die Beschwerde betr. Nichterfüllung des Zuschlages zur Herstellung von Wasserrohrgräben wird auf Anregung des Stadtv. Albrecht vertagt und an die Baukommission zurückverwiesen. Der Unternehmer Ferdinand Uebe beschwerte sich, daß bei der Vergebung der betreffenden Arbeiten nicht ihm als Mindestfordernden, sondern dem Unternehmer Knöchel der Zuschlag erteilt worden ist, obgleich dessen Gebot um 1280 Mark höher gewesen sei als das seinige Stadtv. Albrecht wies darauf hin, daß er und seine Freunde nicht auf dem Standpunkt ständen, daß immer der Mindestfordernde den Zuschlag bekomme, sondern daß der Zuschlag davon abhängig gemacht werde, ob der Unternehmer seinen Leuten einen anständigen Lohn gebe.

VIII. Die Nachbewilligung bei Kapitel XI F III 3 des laufenden Haushaltsplanes geschieht.

Die Punkte 9 und 10 fallen aus.

XI. Die Petition betreffend Belästigungen durch üble Dämpfe und Flugasche der Kröllwitzer Papierfabrik wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen Die Petition geht von Giebichenstein er Bürgern aus. Stadtv. Albrecht bemerkte, daß früher die Kröllwitzer Gemeinde unter der Herrschaft der Kröllwitzer Papierfabrik gestanden habe; jetzt gehöre Kröllwitz zu Halle und da wird die Paschawirtschaft nicht mehr ausgeübt werden können.

XII. Die Petition des Tischlermeisters Zwanzig wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Zwanzig war früher Hausmann bei dem alten Schulgebäude auf der Poststraße, wo er die Aufsicht ausübte, das Auf- und Zuschließen besorgte und dafür eine freie Wohnung inne hatte. Er ist seiner Zeit gekündigt und verlangt jetzt von der Stadtgemeinde eine Entschädigung, weshalb er auch petitionierte Stadtv. Krüger tritt für den Petenten ein, dem nach seinen Behauptungen von dem früheren Stadtrat Schrader bei der Anstellung Versprechungen betreffs späterer Beschäftigung gemacht worden seien Nach der Angabe des Ref., Stadtv. Nesse, in dieser Sache hat Zwanzig in der Petition einen Ton angeschlagen, der im Aerger gestehen und nicht angebracht erschien Stadtv. Krüger findet den Ton erklärlich, da Zwanzig 6 Jahre im Dienste der Stadt gestanden habe und sich benachteiligt fühle. Die Stadt möge sich wegen der Angelegenheit nicht erst verklagen lassen, weshalb er beantrage, den Magistrat zu ersuchen, sich mit Zwanzig auf eine Abfindungssumme zu einigen. Stadtv. Albrecht unterstützt den Antrag Krüger mit dem Bemerken, daß man für den alten Schulhausmann wohl etwas thun könne, habe man doch für Baderesen für städtische Beamte schon 600—800 M. bewilligt. Dem Zwanzig sei ein Unrecht zugefügt worden, da man mit demselben keinen Vertrag gemacht habe. Bürgermeister v. Holly bestreitet, daß Zwanzig Beamter der Stadt gewesen sei und bezeifelt, daß das, was derselbe dem Stadtv. Krüger erzählt, alles wahr ist. Zwanzig könne froh sein, daß er auf Grund seiner Angaben nicht noch strafrechtlich verfolgt werde. Nachdem Stadtv. Nesse darauf hingewiesen hatte, daß mit Zwanzig doch ein Mietsvertrag vereinbart worden ist und er ganz ansehnliche Nebeneinnahmen gehabt habe, wird der Antrag Krüger abgelehnt.

Darauf geschlossene Sitzung.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle a. S., 4. März.

Ein trübes Sittenbild. Heute begann am hiesigen Landgericht die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode. Den Vorsitz führt Geheimrat Landgerichts-Direktor Crönert, als Beisitzer fungieren Landgerichtsrat Braun und Assessor Ehrenberg, die Anklagebehörde wurde vertreten durch den Staatsanwaltschaftsrat Delbrück. Nach Auslosung der Geschworenen wurde in die Verhandlung der ersten Sache eingetreten. Hierzu wurden als Angeklagte aus der Untersuchungshaft vorgeführt die unverehelichte Arbeiterin Anna Christiane Batz aus Leipzig, 36 Jahre alt, bisher unbestraft, und der Schlosser Wilhelm Pix aus Leipzig, geboren in Erfurt, etwa 40 Jahre alt, vorbestraft wegen Bedrohung und Beleidigung seiner Ehefrau mit 15 Mk. Geldstrafe. Die B. wird des Meineides in zwei Fällen und P. der Anstiftung zu diesen Straftaten beschuldigt. Pix ist eine Person, die schon viel Elend über Frauen und Kinder gebracht hat. Er ist gegenwärtig verheiratet, von seinen ersten beiden Frauen geschieden, hat während seiner Ehen mit einem Mädchen ein Kind und mit der unverehelichten Angeklagten, der er wiederholt die Ehe versprochen, fünf Kinder gezeugt. Die Angeklagte ist die wiederholt Verführte. Im Jahre 1890 begann der Angeklagte mit der Angeklagten ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Er war damals verheiratet, machte der Angeklagten davon aber erst Mitteilung, als es zu spät war. Als er von seinen ersten Ehefrau geschieden war, heiratete er die B. nicht, sondern ließ sich mit einer unverehelichten Günther ein, mit der er dann, als sie sich Mutter fühlte, ein zweites Eheverhältnis einging. Pix, der erst in Schkeuditz, dann in Leipzig wohnte, setzte aber den Verkehr mit der Batz fort, die schließlich im Jahre 1895 Mutter von drei Kindern war. Die B. wohnt seit zehn Jahren in Leipzig und hat sich dort als Arbeiterin im Verlage des Leipziger Tageblatts bei 13 Mk. Wochenlohn mit ihren Kindern kümmerlich durchgeschlagen. P., dem es durch allerhand Schwindeleien gelungen ist, immer wieder mit der B. anzubändeln, nahm, obwohl das Verhältnis 1895 abgebrochen war, 1896 den Verkehr wieder auf. Er lag 1896 mit seiner zweiten Ehefrau in Scheidung und benutzte hierzu wiederum die Angeklagte, um aus seiner zweiten Ehe als „Unschuldiger" hervorzugehen, damit er keine Alimente zu bezahlen brauchte. Die thörichte Angeklagte ließ sich zum viertenmale mit dem P., der ihr wiederum hoch und teuer die Ehe versprochen, wenn er von seiner zweiten Ehefrau geschieden sei, ein und gab dem P. auch noch Geld, damit die Scheidung vor sich gehe und sie für ihre Kinder einen Vater bekomme. Nachdem das fünfte Kind geboren war, hatte die damalige Ehefrau des P., die von dem Verhältnis des Angeklagten bestimmt Kenntnis bekommen, das Ehescheidungsverfahren beschleunigt, worauf P. die B. als Zeugin angab, um zu beweisen, daß er nach 1895 nicht mit der B. verkehrt habe.

Die B. zögerte zunächst darauf einzugehen, sie kam aber dem Wunsche des P. schließlich nach, da er ihr vorschwindelte, wenn im Ehescheidungsprozeß festgestellt werde, daß sie mit ihm Ehebruch getrieben habe, dann dürfe er sie nachher nicht heiraten. Zunächst wurde die B. in Leipzig und am 14. April 1898 vor dem Landgerichte in Halle vernommen, wo sie dann eidlich in Abrede stellte, während der Ehe des P. und der Günther mit P. im Verkehr gestanden zu haben. Auf Grund dieses Zeugnisses wurden die prozessierenden Eheleute mit ihren Anträgen abgewiesen, was dem P. sehr unangenehm war; er hatte als Ehescheidungsgrund angegeben, seine damalige Frau habe ihn unberechtigt böswillig verlassen und gehofft, auf Grund dessen die Scheidung durchzusetzen. Die zweite Ehefrau des P. legte gegen das Urteil bei dem Oberlandesgericht in Naumburg Berufung ein, worauf die B. am 17. November 1898 vor dem Amtsgericht in Leipzig vernommen wurde und die in Halle gemachten Angaben eidlich bestätigte. Später erschien aber die zweite Ehefrau des P. bei der B. und dann gestand die letztere unter Zeugen, daß sie falsche Aussagen beschworen habe. Sie habe es — das beteuerte sie unter Thränen — aber nur gethan aus Liebe zu ihren Kindern; es wäre doch gut, wenn die Kinder einen Vater hätten. Auf Grund weiterer Ermittelungen und des Bekenntnisses der B. wurde die zweite Ehe dann schließlich doch geschieden. Pix verheiratete sich dann mit der dritten Frau und ließ die B. wiederum sitzen. Als sie ihm bezüglich der vier Kinder, das fünfte war inzwischen gestorben, Vorhaltungen machte, entgegnete der verrohte Mensch, die Kinder gingen ihn gar nichts an. Die Batz ist geständig und beklagt sich bitter über ihren Verführer, der sie gemißhandelt und auch noch Geld von ihr erpreßt habe. Sie will aber bei ihrer Vernehmung in Halle und auch in Leipzig von den Richtern nicht aufmerksam gemacht worden sein, daß sie berechtigt sei, ihr Zeugnis zu verweigern, weil sie nicht gezwungen werden könnte, sich des Ehebruchs zu beschuldigen.

Der Verteidiger legt auf diesen Umstand erhebliches Gewicht; der Staatsanwalt entgegnet, er halte es nicht gut für möglich, daß die B nicht auf das Recht der Zeugnisverweigerung aufmerksam gemacht worden ist, wenn es aber nicht geschehen ist, so verstoße das keineswegs gegen die Regeln der Strafprozeßordnung, die nicht vorschreiben, daß die Richter verpflichtet sind, Zeugen auf jenes Eidesverweigerungsrecht aufmerksam zu machen. Der Angeklagte Pix erklärt sich für nichtschuldig und besitzt den traurigen Mut, die Batz noch zu verdächtigen und „Gründe" anzuführen, weshalb er die B. mit den vier Kindern nicht geheiratet habe. Die zweite Frau des P. bekundet, daß die B. reumütig und unter Thränen eingestanden habe, daß sie die falschen Eide nur aus Liebe zu ihren Kindern geleistet habe. Einige Zeugen bekunden, daß Pix bezüglich der geleisteten Eide der B. verfängliche Aeußerungen gethan hatte. Der Faktor vom Leipziger Tageblatte, bei dem die B. seit 11—12 Jahren beschäftigt ist, bezeichnet die B. als ein durchaus ehrenwertes und ordentliches Mädchen. Der Staatsanwalt beantragt Schuldigsprechung im Sinne des Eröffnungsbeschlusses. Der Angeklagten B könne das Mitleid nicht versagt werden, sie habe im Zwange und in der Not, Pix habe aber im höchsten Maße gewissenlos gehandelt. Nach dem Spruche der Geschworenen wurde die Batz des Meineides in einem Falle unter Berücksichtigung des Milderungsparagraphen (Selbstbezichtigung) schuldig befunden und dem Strafantrag gemäß zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Pix erhielt 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust wegen Anstiftung und Verleitung zu dem Verbrechen. In der Urteilsbegründung hieß es, daß die Batz, eine einfache und einfache Arbeiterin, hilflos in Pix' Hände geraten sei und unter dem überwältigen Eindruck desselben gehandelt habe, in der Hoffnung, er werde sie endlich doch heiraten. Die B. wurde aus der Haft entlassen.

Schluß der Sitzung ½5 Uhr nachmittags.

Sprechstunde der Redaktion nur mittags von ½12 bis ½1 Uhr.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010306-17/fragment/page=0003

Ankunft und Abfahrt der Züge in Halle.

Abfahrt:

Richtung Thüringen.

3.24 V. — 5.45 V. — 7.50 V. S. 1-3. — 9.59 V. D. 1-2. — 10.24 V. — 10.48 V. S. 1-3. — 11.22 V. S. 1-3. — 1.09 N. D. 1-2. — 1.18 N. — 2.20 N. — 4.00 N. S. 1-3. — 5.39 N. — 7.20 N. [bis Merseburg]. — 7.45 N. S. 1-3. — 9.50 Ab. [fährt bis Köthen]. — 10.38 Ab. D. 1-2. [nach Stuttgart und Mailand]. — 11.31 Ab. D. 1-2. — 11.46 Ab. — 12.30 Ab. [bis Merseburg].

Richtung Berlin.

3.58 V. S. 1-3. — 4.27 V. D. 1-2. — 6.56 V. D. 1-2. — 7.03 V. — 9.08 V. S. 1-3. — 11.15 V. — 2.10 N. — 2.46 N. D. 1-2. — 4.35 N. D. 1-2. — 5.38 N. S. 1-3. — 5.45 N. — 8.24 Ab. S. 1-3. — 8.50 Ab. [bis Wittenberg]. — 9.25 Ab. D. 1-2. — 12.22 Ab.

Richtung Leipzig.

2.57 V. — 4.33 V. — 5.43 V. — 7.30 V. — 7.47 V. S. 1-3. — 8.30 V. S. 1-3. — 9.15 V. — 10.22 V. — 10.48 V. S. 1-3. — 11.49 V. — 1.43 N. — 3.26 N. — 5.07 N. S. 1-3. — 5.35 N. S. 1-3. — 6.30 N. — 7.16 Ab. — 8.42 Ab. — 9.23 Ab. — 11.10 Ab. S. 1-3. — 12.06 Ab.

Richtung Magdeburg.

4.55 V. — 7.00 V. — 10.00 V. — 11.13 V. S. 1-3. — 1.32 N. — 3.45 N. — 5.53 N. — 7.14 Ab. S. 1-3. — 8.51 Ab. — 10.49 Ab. S. 1-3. — 12.22 Ab. [fährt bis Köthen].

Richtung Eisleben-Nordhausen-Kassel.

5.25 V. — 6.57 V. [fährt bis Sangerhausen]. — 9.10 V. — 11.00 V. S. 1-3. — 12.00 Mitt. [fährt bis Eisleben]. — 2.15 N. — 3.54 N. D. 1-2. — 6.00 N. — 9.30 Ab. [fährt bis Eisleben]. — 10.40 Ab. S. 1-3. — 11.31 Ab.

Richtung Aschersleben.

4.50 V. — 7.55 V. — 11.32 V. — 1.33 N. S. 1-3. — 3.42 N. — 6.18 N. — 10.37 Ab. [ab Halberstadt Schnellzug].

Richtung Sorau-Guben.

7.35 V. S. 1-3. — 7.50 V. — 11.34 V. — 2.48 N. S. 1-3. — 6.23 N. — 11.25 Ab. [fährt bis Torgau].

Richtung Hettstedt.

6.46 V. — 10.00 V. — 2.00 N. — 3.00 N. [bis Dölau; fährt nur Sonn- und Festtags]. — 7.30 N.

Ankunft:

Richtung Thüringen.

3.54 V. S. 1-3 [von München über Zeitz]. — 4.23 V. D. 1-2. — 5.38 V. [kommt von Merseburg]. — 6.34 V. [kommt von Erfurt]. — 6.52 V. D. 1-2 [von Stuttgart u. Mailand]. — 9.2 V. S. 1-3. — 9.51 V. — 12.28 N. — 1.04 N. — 2.32 N. S. 1-3. — 4.31 N. D. 1-2 [von München über Jena]. — 5.05 N. — 5.26 N. S. 1-3. — 8.20 Ab. S. 1-3 [v. München u. Stuttgart]. — 8.34 Ab. — 9.21 Ab. D. 1-2. — 11.55 Ab.

Richtung Berlin.

3.19 V. — 4.37 V. — 7.38 V. [kommt von Wittenberg]. — 9.55 V. D. 1-2. — 10.16 V. 10.44 V. S. 1-3. — 11.18 V. S. 1-3. — 1.05 N. D 1-2. — 2.00 N. — 3.50 N. D. 1-2. — 5.26 N. — 7.32 Ab. S. 1-3. — 9.10 Ab. — 10.34 Ab. D. 1-2. — 11.18 Ab. — 11.27 D. 1-2.

Richtung Leipzig.

4.45 V. — 6.37 V. — 6.50 V. — 7.46 V. — 9.51 V. — 10.40 V. — 11.10 V. S. 1-3. — 1.10 N. — 1.27 N. S. 1-3. — 3.37 N. — 4.28 N. — 5.30 N. — 6.29 N. [verkehrt nur Werktags]. — 7.10 N. S. 1-3. — 7.55 Ab. — 8.41 Ab. — 9.41 Ab. — 10.24 Ab. — 10.45 Ab. S. 1-3. — 12.11 Ab.

Richtung Magdeburg.

2.45 V. — 7.30 V. [kommt von Köthen]. — 7.42 V. S. 1-3. — 8.27 V. S. 1-3. — 9.50 V. — 10.39 V. S. 1-3. — 1.29 N. — 3.21 N. — 5.03 N. S. 1-3. — 7.00 Ab. — 9.14 Ab. — 11.04 Ab. S. 1-3.

Richtung Nordhausen-Kassel-Eisleben.

6.45 V. — 7.20 V. S. 1-3. — 9.50 V. — 1.22 N. — 2.42 N. D. 1-2. — 4.16 N. — 5.23 N. 7.32 Ab. — 8.04 Ab. S. 1-3. — 10.27 Ab.

Richtung Aschersleben.

5.37 V. [kommt von Könnern und verkehrt nur Werktags]. — 7.19 V. [von Halberstadt]. — 10.13 V. — 12.41 N. — 4.57 N. — 5.32 N. S. 1-3. — 9.14 Ab. — 11.38 Ab.

Richtung Sorau-Guben.

7.26 V. [kommt von Torgau]. — 10.16 V. — 1.02 N. S. 1-3. [Anschluß von Breslau, Wien]. — 3.20 N. [kommt von Cottbus]. — 7.38 Ab. — 10.17 Ab. — 10.28 Ab. S. 1-3. [Anschluß von Breslau, Wien].

Richtung Hettstedt.

7.30 V. — 12.25 N. — 4.20 N. [von Dölau; fährt nur Sonn- und Festtags]. — 5.21 N. — 9.05 Ab.

Weissenfels.

Sonntag den 10. März abends 7 Uhr in der „Reichskrone"

öffentl. Vortrags-Abend.

Zur Aufführung gelangt: **„Das verlorene Paradies"**, durch den Rezitator Herrn **Walkotte.** Berlin.

Eintrittskarten im Vorverkauf 15 Pf. (an der Kasse 20 Pf.) zu entnehmen in der Volksbuchhandlung, in den Verkaufsstellen des Konsumvereins und bei den bekannten Genossen.

Zahlreichem Besuche sieht entgegen **Das Gewerkschaftskartell.**

Zimmersche Gesangvereine.

Zu dem am **Sonnabend den 9. März in Osborgs Bellevue,** Lindenstraße, stattfindenden

Konzert und Ball

ladet alle Freunde und Gönner dieser Vereine freundlichst ein

Vorwärts-Schkeuditz, Süd-West, Freiheit, Arb.-Bild.-Verein (gem. Chor).

Anfang 8 Uhr.

Soeben erschien:

Heizungstechnik gegen Kohlennot.

Preis 25 Pf.

Das Wissenswerteste über die Unfallversicherung.

Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Rannischestraße 3.

Unseren werten Geschäftsfreunden empfehlen wir zur gefl. Benutzung unsere

Schneidemaschine (Krause) 1,300 Meter Schnittlänge,

Drahtheftmaschine (Brehmer) zum Heften durch den

Falz oder seitlich bis zur Stärke von 30 mm.

Beide Maschinen mit Kraftbetrieb.

Emil Bald & Co.

Papierwaren und Buchdruckerei, Kassenblockfabrik.

Neu erschien:

Rechentafel „Monopol!"

An Einfachheit übertrifft sie jede bis jetzt erschienene.

Musterschutz in Deutschland. Patent im Ausland.

Vertrieb für Halle a. S. **nur**

Die Volksbuchhandlung

Rannischestrasse 3.

Hermann Wittigs Gastwirtschaft, Körnerstraße 46.

Mittwoch 6. März großes **Schlachtefest.**

Es ladet freundl. ein D. O.

Kartoffelkuchen, Mürbteigkreppel und Pfannkuchen

täglich frisch empfiehlt

A. Bornstein, Geiststraße 20.

Knochen, Lumpen, Alt-Eisen, Buntmetalle sowie **Papierabfälle, Zeitungen, Gerichtsakten** kauft in gr. u. kl. Posten zum höchsten Tagespreise. Auch wird die Ware auf Bestellung sofort abgeholt.

G. Grassmeyer, Schlerstr. 24.

Getragenes Schuhwerk kauft **Otto Töpler,** Markt, im Roten Turm.

1200 Mk. auf Hypothek von pünktlichem Zinszahler 1. April zu leihen ges. Off. unter **K. M.** Volksbuchhandlung.

Hausgenossensch. Loests Hof.

Donnerstag den 7. März findet im „Letzten Dreier" abends 8 Uhr eine **Besprechung** statt, wozu wir wegen wichtiger Tagesordnung alle klagenden Genossen einladen. **Die Kommission.**

Turn-Abteilung (Arb.-Bild.-V.) Halle a. S.

Alle Mittwoch und Freitag abends von 8½—10½ Uhr **Turn-Stunde** im Konzerthaus, Karlstr. 14.

Mitglieder werden daselbst aufgenom. Freitag den 8. März abends 8½ Uhr **Turner-Versammlung** im Konzerthaus.

Freie Radler, Zeitz.

Mittwoch den 6. März **Versammlung.**

Wichtige Tagesordnung.

Bundeszeichen sind mitzubringen.

Der Vorstand.

Allg. Deutsch. Gärtnerverein

Zweigverein Grün Heil, Halle.

Alle Eltern, welche ihre Söhne der Gärtnerei zuführen wollen, werden gebeten sich zuvor über die Lage der Gärtnerei als Lebensberuf zu erkundigen. Schriftliche Anfragen werden unentgeltlich beantwortet.

„Grün Heil", Halle, Restaurant „Goldenes Schiffchen".

Reinickes Gast- u. Logierhaus

Inh. F. Thiemicke,

Beesenerstraße 11.

Heute großes **Schlachtefest,** wozu freundlichst einladet Der Obige.

Mittwoch **Schlachte-Fest.** **B. Cluss,** Jakobstraße 42.

Donnerstag **Schlachte-Fest.** **Ernst Liebig,** Körnerstraße 9.

Mittwoch **Schlachtefest.** **J. Nitschke,** Thomasiusstraße 4.

Mittwoch **Schlachte-Fest.** **Oskar Heller,** Steinweg 32.

Frische Leber- u. Blutwurst,

auch geräuchert,

à Pfund 50 Pf.

Reinhold Keil, Gr. Klausstraße 38.

NB. **Salzknochen,** Pfd. 35 ₰ wieder zu hab.

Soeben erschienen:

Süddeutscher Postillion, Nr. 5.

Simplizissimus, Nr. 50.

Sozial. Monatsheft. (März-Nummer.)

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Rannischestr. 3.

Schlafst. zu vermieten Geiststr. 33, II.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Mittwoch den 6. März 1901 Abends 7¼ Uhr

171. Vorst. im P.-A. 114. Abonn.-Vorst. 3. Viertel. Farbe: rot.

Michael Kramer.

Drama in 4 Akten von G. Hauptmann.

Donnerstag den 7. März 1901 abends 7¼ Uhr

172. Vorst. im P.-A. 115. Abonn.-Vorst. 4. Viertel. Farbe: blau.

Oberon, König der Elfen.

Große romantische Feenoper in 3 Akten von C. M. von Weber.

Thalia-Theater.

Mittwoch: Zum 37. Male: **Dame von Maxim.**

Donnerstag: **Flachsmann als Erzieher.**

Der Vorverkauf für das **Sandrock-Gastspiel,** 12—14. März, hat bereits begonnen.

Walhalla-Theater.

Direktion: **Richard Hubert.**

Gänzlich neuer Spielplan!

Das **John Paxton**-Trio, Bravour-Hand- und Kopf-Kraft-Equilibristen. **(Sensationell!)** — Die beiden **Renello's,** Gymnastiker an hängenden Säulen. — Les **Milanis,** excentrische Jongleure. **(Im Café von Monte Carlo.)** — Die Geschwister **Paul** und **Virginie** mit ihren Matrosenspielen am schwebenden Trapez. — Brothers **Stepp** und **Trepp,** excentrische Burlesk-Komödianten. — Les **Donvell's,** Instrumental-Virtuosen. — Herr **Franz Man de Wirth,** Soubretten-Imitator. — Fräulein **Anna Halász,** ungarisch-deutsche Gesangs-Soubrette. — Herr **Gustav Bonne,** Original-Gesangs- und Charakter-Humorist.

Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater.

Direktion: **Fr. Wiehle.**

Lemance's Wunderquellen

Miß **Cleo Wass.**

Darstell. berühmter Meisterwerke.

Shadow-Boos.

Moderne Hand-Gladiatoren und

7 weitere Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

Welt-Panorama

Gr. Ulrichstr. 6, I. Auf Wunsch Monte Carlo, Monaco, Nizza, das Heim der Harmlosen noch bis Dienstag.

Mittwoch bis incl. Sonntag Baden-Baden mit Schwarzwald.

Apollo-Theater

Weissenfels.

Täglich abends 8 Uhr

große **Spezialitäten-Vorstellung.**

Auftreten von nur Kunstkräften 1. Ranges.

Die Direktion.

Werkzeuge und Eisenwaren

nur **beste Sorten** empfiehlt

Paul Schneider, Merseburgerstraße 4.

Ein **Zughund** zu verkaufen Lettin, Schulberg 21.

Bitte zu beachten!

Erlaube mir meinen werten Kunden und Freunden mich wiederum zur Anfertigung und Lieferung von

Herren-Garderobe aller Art

angelegentlichst zu empfehlen. Mein Geschäftsprinzip ist wie bek. streng reell. Bitte daher meine werten Gönner, ihren geschätzten Bedarf bald möglichst bestellen zu wollen, event. bin ich gern bereit mit konkurrenzfähig. Musterkollection zu dienen.

Ergebenst

C. Wagner,

Schneidermstr., Unterberg 8.

Julius Rosenberg

Größte Auswahl Möbel,

Spiegel, Polsterwaren.

Neue Wohnungs-Einrichtungen von 145 M. an.

Bekannt für billig u. reell.

Langjährige Garantie.

Gr. Ulrichstr. 54, I.

Schuh- und Schnittwaren-Geschäft

im ganzen oder getrennt sehr preiswert **sofort** zu verkaufen.

Konsum-Verein Halle-Giebichenstein.

Wegen Aufgabe einer Niederlage sollen mehr. Kleiderschränke, Vertikows, Spiegel, Tische, Stühle u. Sofas zu staunend billigen Preisen verk. werden. Geiststraße 21, I.

3—4 Dachdeckergesellen

sucht **sofort** bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung

Wilhelm Hartleben, Dachdecker, **Hohenmölsen.**

Eine Scheuerfrau

für den Vormittag sofort gesucht.

H. Elkan, Leipzigerstr. 87.

Allen Freunden und Genossen zeige hiermit hoch erfreut an, daß ich soeben

Großmutter

von einem kleinen Mädchen geworden bin.

Halle a. S., den 5. März 1901.

Achtungsvoll

Wilh. Grothe.

Sonntag früh verstarb mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Onkel und Schwager, der Schmied **Rudolf Schwenke.**

Um stilles Beileid bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am 6. d. M. nachm. 5 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190103 06-17/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 55 — Halle a. S., Mittwoch den 6. März 1901. — 12 Jahrg.

Den Brotwucherern ins Stammbuch.

Von Ferdinand Freiligrath ist das nachfolgende englische Gedicht übersetzt, welches vor etwa 70 Jahren erschien, als in England der Kampf auf Beseitigung der Kornzölle geführt wurde:

Tisch, Stühle, Bett — sie nahmen's, gingen dann;
Dämonisch wild sah ihnen nach der Mann;
Sein mager Weib sucht ihn umsonst zu halten;
Aufs Bierhaus wiesen seiner Stirne Falten. —
Hurra, Brottax' und England!

Zum schwangern Leibe hielt sie stumm die Hand,
Erstach das Kind dann, das im Winkel stand;
Küßt es und schrie, von Schluchzen unterbrochen:
„Was hat mich meine Mutter nicht erstochen?"
Hurra, Brottax' und England!

Sie rang sich auf, zur Kammer schlich sie matt: —
Ach ihres Jüngsten letzte Schlummerstatt!
Ja, wer nicht Grab und Priester kaufen müßte —
Da lag das Kind seit Monden in der Kiste! —
Hurra, Brottax' und England!

Wo aber mag des Toten Schwester sein?
Sterbend, o Gott, wo feine stirbt, die rein!
Gefallen sterbend, fern der Eltern Hause! —
„Mutter, o komm!" ächzt es durch ihre Klause. —
Hurra, Brottax' und England!

Sieh, vor dem Richter steht die Mutter wirr
Und seiner redet: „Herr das Weib ist irr!"
Kalt, stumpf die Massen, die den Platz umdrängen;
Berauscht im Schwarme sieht ihr Mann sie hängen!
Hurra, Brottax' und England!

Bald geht auch er in Kettenwucht einher;
Und wen, Tyrann, und wen erschlug denn er? —
Die arme Witfrau, die von Gram Verzehrte,
Die von dem Mietsmann Wochenzins begehrte!
Hurra, Brottax' und England!

Großhändler ihr, in Mangel, Not und Blut, —
O stünde eingegraben, was ihr thut!
Es ist's! — In Herzen, die verzweifelnd klopfen,
Tief eingebrannt mit heißen, roten Tropfen!
Hurra, Brottax' und England!

Aus dem städtischen Haushalt.

Straßenwesen in Halle.

ż Aus dem Geschäftsbericht des Magistrats über die Straßenreinigung sei hervorgehoben, daß die Abfuhr von Schutt, Schnee und Eis im Berichtsjahre 20960.33 Mark gekostet hat. Entschieden zu niedrig bemessen ist die Vergütung, welche die Stadt vom Franckestift für Reinigung der Lindenstraße längs der Südgrenze des Besitztums erhebt. Diese Entschädigung beträgt nämlich nur 200 Mark jährlich, während die Stadt ihren eigenen drei Gasanstalten für dieselbe Leistung 258 M. berechnet. Man würde unter gewissen Voraussetzungen sofort damit einverstanden sein können, daß die gesamte Straßenreinigung von der Stadt übernommen wird; so lange aber den Grundstücksbesitzern die Reinigung eines Teiles ihres Straßentraktes obliegt, muß der Magistrat auch eine entsprechend hohe Entschädigung erheben, wenn er einzelnen Grundbesitzern die Reinigungspflicht abnimmt.

Des weiteren möchte die Aufmerksamkeit der Verkehrskommission gelenkt werden auf den Schlußpassus auf Seite 43. Dort heißt es, die Gestellung der Gespanne und Wagenführer für die Straßenbesprengung sei dem Oekonomen Karl Dehoff „gegen Zahlung von 3.50 Mk. für den angefangenen halben Tag und das Pferd übertragen". Bei der mannigfaltigen und für Herrn Dehoff sehr lohnenden Geschäftsververbindung, die die Stadt mit ihm dauernd unterhält, erscheint ein halber Tag als geringste Zeiteinheit bei der Preisberechnung viel zu hoch. Ist das Gespann nur eine Stunde für die Stadt thätig, so wird gleichwohl ein halber Tag in Rechnung gestellt, obgleich Dehoff mit dem Gespann während der andern vier Stunden dieses halben Tages noch auf eigene Rechnung lohnende Arbeit verrichten kann. Herr Dehoff würde nicht zu kurz kommen, wenn ihm nur die wirklich geleisteten Arbeitsstunden berechnet werden.

Ueberhaupt erscheint es angezeigt, einmal genau festzustellen, wie viel alles in allem Herr Dehoff jährlich von der Stadt für geleistete Spanndienste erhält. Der Betrag geht in die Zehntausende. Käme die Stadt nicht wohlfeiler weg, wenn sie sich einen eigenen Marstall und Wagenpark zulegte? Andere Städte haben längst schon diesen Schritt gethan, der freilich nicht im A-B-C-Buch des heiligen Manchester steht zu dessen Gläubigen die hallesche Magistrat leider noch in vielen Fragen zählt.

Feuerversicherung und Feuerlöschwesen.

Bei der Prov.-Feuer-Soz. waren in Halle Ende 1899 965 Gehöfte und 4344 Gebäude mit 41 672 990 Mark versichert, wofür 27 261.36 Mark Jahres-Prämie zu zahlen waren. Für die 1774 Mobiliarversicherungen mit einem Objekt von 12 473 740 M. waren 11 564.24 Mark an Prämie zu entrichten. Dieser Einnahme von über 38 000 Mark standen im vergangenen Jahre nur rund 20 500 M. gegenüber, welche der Prov.-Feuer-Sozietät aus 38 hier stattgehabten Bränden an Schaden erwuchsen. Halle ist somit für die Sozietät ein recht lohnender Kunde.

Sehr gering ist der Betrag, den die Prov.-Feuer-Sozietät der Stadt für Verbesserung ihrer Löscheinrichtungen vergütet. Er beträgt jährlich nur 900 Mark, während das Feuerlöschwesen der Stadt im vergangenen Jahre 84 239 Mark Kosten verursachte. Wenn die sehr gut fundierte Sozietät die Vergütung auf das Doppelte erhöhte, würde sie mit Halle immer noch ein ausgezeichnetes Geschäft machen.

Die Stadt hatte bei sechs Gesellschaften für rund 12,9 Mill. Mark Immobilien und für 3,5 Mill. Mark Mobilien versichert. — Brände ereigneten sich im vorigen Jahre in Halle 194, worunter sich jedoch nur 7 bedeutendere befanden. 62 Gebäudebrände waren unbedeutend, 23 waren Schornsteinbrände, 95 Mobiliarbrände, 6 Gardinenbrände und 1 Schaufensterbrand. — Die Berufsfeuerwehr bestand im Berichtsjahre aus dem Branddirektor, 1 Feldwebel, 2 Oberfeuermännern, 6 Vize-Oberfeuermännern und 42 Feuermännern. Die freiwillige Feuerwehr zählt insgesamt 64 Mann.

Städtische Gaswerke.

Der Reingewinn der städtischen Gaswerke hat sich auf 389 470 M. erhöht, rund 71 000 M. mehr als im Jahre vorher. Die Gesamteinnahme betrug 1 308 700 M., wovon 971 000 Mark auf Gas, 250 000 M. auf Koks, 36 000 M. auf Teer, 10 432 M. auf Gaswasser und der Rest auf verschiedene andere Einnahmen entfallen.

An Gas wurden insgesamt 7 852 000 Kubikmeter abgegeben, wovon 1 212 500 Kubikmeter auf öffentliche Straßen- und Festbeleuchtung,
6 188 900 „ „ die Abnehmer
und 94 600 „ „ die Gasanstalten entfallen.

Der Verlust an Gas durch Entweichung 2c. beträgt immer noch 356 300 Kubikmeter, also 4,54 Proz. der Abgabe. Im Jahre vorher betrug der Verlust 7,26 Proz.

Den stärksten Tagesverbrauch wies der 19. Dezember mit 36 780 Kubikmetern, den schwächsten der 18. Juni mit 8420 Kubikmetern auf. Im Durchschnitt betrug die Tagesabgabe 21 512 Kubikmeter.

Der Bericht macht den Eindruck, daß der Betrieb in fachmännisch sicherer Hand ruht. Möge diese Leitung aber auch nicht vergessen, die Löhne der Gasanstalts-Arbeiter so zu erhöhen, wie es die anstrengende Thätigkeit verdient. Jetzt entsprechen die Löhne bei weitem noch nicht dieser Forderung. Die Löhne der sämtlichen Arbeiter betrugen nur **73 960 M.** Bei einem Reingewinn der Gasanstalt von über **389 000 M.** würde eine Erhöhung der Arbeiter-Löhne um 20 Proz. recht wohl möglich sein. Die dazu erforderlichen knapp 15 000 M. würden den Reingewinn nicht bemerkbar schmälern. Auch die Arbeitszeit sollte bei der Arbeit vor den Oefen und bei anderen schweren Leistungen keinesfalls über 6 Stunden täglich betragen.

Das städtische Wasserwerk

hatte das 32. Betriebsjahr beendet und gleichfalls mit hohem Reingewinn abgeschlossen, der wesentlich größer als im Jahre vorher sein würde, wenn nicht erhöhte Abschreibungen auf die Anleihen und kostspielige Neuanlagen ihn zum Teil verzehrt hätten. Trotzdem belief sich der Reingewinn auf 153 343 M. Die Länge des Rohrnetzes betrug, abgesehen von den Anschlußleitungen, Ende März v. J. 120 Kilometer und ist im Berichtsjahre um rund 1½ Kilometer gestiegen. Zum Bau der neuen Heberleitung und zur „Sicherung der Wassergewinnung" sind 35⅔ Hektar Land in der Aue für 324 545 Mark angekauft worden.

Die gesamte Wasserförderung betrug 4 050 625 Kubikmeter, durchschnittlich pro Tag 11 100 Kubikmeter. Die stärkste Tagesförderung hatte mit 15 065 Kubikmetern der 5. August 1899, die niedrigste der 25. März mit 6863 Kubikmetern zu verzeichnen. Die Selbstkosten der Stadt per Kubikmeter Wasser betrugen 9.23 Pf. Der Verkaufspreis durchschnittlich 13.02 Pf. pro Kubikmeter. Die direkten Förderungskosten pro Kubikmeter Wasser betragen auf der Pumpstation nur 1.17 Pf.

Der stärkste Abnehmer war die Eisenbahn mit 338 600 Kubikmetern, dann folgt die Klinik mit 110 000 Kubikmetern. Die öffentlichen Gebäude verbrauchten 157 800 Kubikmeter, die Brauereien zusammen 281 000 Kubikmeter, die Brennereien 134 400 Kubikmeter, der Schlachthof 31 200 Kubikmeter, die Maschinen-, Kessel- und Armaturenfabriken zusammen 285 400 Kubikmeter, die Stärkefabriken 62 300 Kubikmeter und die Zucker- und Cichorienfabriken 27 100 Kubikmeter. — Zur Speisung der öffentlichen Springbrunnen wurden 44 000, zum Spülen der Kanäle 18 100, für die Bedürfnisanstalten 21 700 und zum Reinigen und Besprengen der Straßen 34 500 Kubikmeter verwendet. In Verlust waren rund 20 Proz., also der fünfte Teil der gesamten Produktionsmenge zu schreiben, nämlich 825 522 Kubikmeter, ein außerordentlich hoher Prozentsatz, der sich gegen das Vorjahr beträchtlich erhöht hat, nämlich um rund 173 500 Kubikmeter.

Der Bericht rechnet einen Durchschnittsverbrauch von 84,63 Liter pro Kopf und Tag heraus. Diese Zahl ist unzutreffend, wenn man unter dem „pro Kopf" die Wassermenge versteht, die im Durchschnitt auf jeden Kopf in den Haushaltungen täglich verbraucht wird. Es ist zwar Thatsache, daß auch andere Städte in ihren Berichten den Unfug treiben, auf dieselbe Art einen angeblichen Wasserverbrauch „pro Kopf" auszurechnen, allein das ändert nichts an der Thatsache, daß mit dieser Rechnung ganz irrige Vorstellungen geweckt werden.

Wollen wir ermitteln, wie groß der wirkliche Wasserverbrauch „pro Kopf" und Tag ist, so müssen von der Gesamtproduktion (4050 625 Kubikmeter) alle die Mengen abgezogen werden, die nicht häuslichen Zwecken gedient haben. Das sind zunächst 158 701 Kubikmeter für gewerbliche Zwecke gewesen und ferner für Straßenreinigung, Kanalspülung, Bewässern der Anlagen, Springbrunnen, Bedürfnisanstalten, Spülen des Rohrnetzes, Verluste 2c. 1 038 128 Kubikmeter, zusammen 2 625 189 Kubikmeter. Diese Summe von der Gesamtproduktion abgezogen ergiebt den in der Hauptsache für und in Haushaltungen gehabten Wasserverbrauch, nämlich nur 1 425 436 Kubikmeter, oder pro Kopf und Tag nicht ganz **30** Liter. In der in Abzug gebrachten Wassermenge mag zwar manches Tausend Kubikmeter stecken, was mit zu Trink-, Koch- und häuslichen Reinigungszwecken Verwendung gefunden hat, aber andererseits stecken auch in dem in Rechnung gezogenen Reste gleichfalls Tausende von Kubikmetern, die nicht in Haushaltungen verwendet werden. Das eine Plus kann gegen das andere Minus aufgerechnet werden.

Bei der Berechnung des Magistrats brauchten nur noch einige große industrielle Anlagen ihr Wasser der städtischen Leitung zu entnehmen, und sofort würde „pro Kopf" der angebliche Wasserkonsum wieder um einige Liter steigen, obwohl in den Haushaltungen kein Tropfen mehr als früher verbraucht worden ist. Oder es brauchte nur eine stets sprießende große Fontäne angelegt zu werden, um den Wasserverbrauch „pro Kopf" zu vermehren.

Die Menge des wirklichen Wasserverbrauchs pro Kopf festzustellen, ist für Halle um deswillen notwendig, weil hier die Mieter in der Regel zwei Prozent der Miete an den Hauswirt als Wasserzins bezahlen. Durch diese Verrechnung werden nachweislich ziemlich viele Familien ganz bedeutend übervorteilt. Es ist jeder Hausfrau zu empfehlen, ihren Verbrauch an Wasser einmal für längere Zeit, etwa für vier Wochen, zu ermitteln, indem sie die Zahl der entnommenen Eimer notiert. Die gewöhnlichen Eimer fassen in der Regel 8 bis 10 Liter; der genaue Inhalt ist für jedes Gefäß leicht festzustellen. Tausend Liter sind ein Kubikmeter, für den der Hauswirt, wenn er keinen Rabatt in Anspruch nehmen kann, 16 Pf. an die Stadt zu bezahlen hat. Auf diese Weise läßt sich bequem berechnen, ob der als Wasserzins an den Hauswirt bezahlte Betrag der verbrauchten Wassermenge entspricht.

Vom sozialdemokratischen Standpunkte aus dürfte die Stadtverwaltung mit dem Verkauf von Wasser zu häuslichen Zwecken kein Geschäft machen, sondern das Wasser müßte zum Selbstkostenpreise abgegeben werden, da durch reichlichen Wasserverbrauch in den Haushaltungen der Gesundheitszustand gehoben wird. Dann würde in unserer Stadt das Kubikmeter Wasser für häusliche Zwecke nach den jetzigen Produktionskosten mit etwa 9 Pf. abgegeben werden müssen. Das ließe sich auch recht gut ermöglichen, wenn nicht nach andern Richtungen das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen worden wäre, so daß die Stadt an ihrer Anleihe-Last schwer zu tragen hat.

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung. Montag, den 4. März, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Podbielski, v. Goßler.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Novelle des Gesetzes über das

Posttaxwesen

im Deutschen Reich vom 28. Oktober 1871. Danach soll das jetzt bestehende Verbot der Fachgebühren für abzuholende Briefe für den Fall aufgehoben werden, daß der Empfänger auf seinen Antrag ein ihm unmittelbar zugängliches, verschließbares Abholungsfach von der Post bekommt.

Abg. **Schädler** (Zentrum):

Die letter-boxes, die hier vorgesehen sind, sind mit Freuden zu begrüßen. Widerspruch könnte vielleicht die Art der Bezahlungsfächer erregen. Aber im Hinblick darauf, daß die Leistungen der Post dauernde sind, sind wir damit einverstanden, daß eine jährliche Abgabe von 12 resp. 18 M. erhoben wird. Eine Kommissionsberatung halten wir für überflüssig und würden nicht widersprechen, wenn die zweite Lesung gleich im Plenum vorgenommen würde.

Abg. **Dr. Müller**-Sagan (Freis. Volksp.)

beantragt, in das Gesetz einen Passus aufzunehmen, wonach die Gebühren im Höchstfalle bis zum Betrage von 20 M. gehen dürfen.

Staatssekretär **v. Podbielski:**

Die Novelle ist aus Wünschen der Handelskammern heraus entstanden. Eine Entlastung für die Post entsteht dadurch nicht, denn wir müssen Sortierbeamte anstellen, die sehr sorgfältig arbeiten müssen. Das Gesetz liegt daher lediglich im Interesse des Verkehrs und ich bitte Sie, schon geneigtest Ihre Zustimmung erteilen zu wollen. — Bis zu 20 M. können wir unmöglich gehen, dann kommt ja niemand. Im Interesse des Verkehrs liegt es doch, die Gebühren möglichst niedrig zu bemessen.

Abg. **Dasbach** (Zentrum)

schließt sich dem Antrag des Abg. Müller-Sagan an.

Damit schließt die erste Beratung.

In der zweiten Lesung liegt der Antrag Müller-Sagan vor, die Höchstgrenze der Gebühren auf 20 M. festzusetzen.

Staatssekretär **von Podbielski**

bittet nochmals um Ablehnung des Antrages.

Abg. **Marcour** (Zentrum)

bittet den Antrag abzulehnen. Die Annahme des Antrages könnte leicht dazu führen, daß z. B. in Badeorten die Post die Einrichtung solcher letter-boxes bei einer Gebühr von 20 M. nicht lohnend genug findet und sie überhaupt unterläßt.

Abg. **Oertel** (konf.)

spricht sich gegen den Antrag aus.

Ebenso der

Abg. **Bassermann** (natl.).

Abg. **Müller**-Sagan (Freis. Volksp.):

Viele Kaufleute und besonders die Hoteliers sind in ihrem eigenen Interesse gezwungen, die Fächer zu benutzen. Da darf man es doch der Post nicht überlassen, die Höhe der Gebühren nach ihrem Belieben zu bestimmen.

Abg. **Dasbach** (Zentrum):

Wenn wir jetzt den Antrag nicht annehmen und uns später über zu hohe Gebühren beklagen, so kann uns der Staatssekretär einfach lange Reden halten lassen und auf das Gesetz hinweisen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Müller-Sagan wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt und darauf das Gesetz in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Hierauf wird der Rest des Militäretats in zweiter Lesung beraten.

Im Extraordinarium für Sachsen nimmt das Haus nach den Vorschlägen der Kommission eine Anzahl Abstriche vor.

Für Beschaffung und Einrichtung eines Militärbegräbnisplatzes in Dresden werden gefordert 750 000 M. Die Kommission beantragt Streichung der ganzen Summe. Auf Antrag der Abgg. Dr. Oertel (konf.), Müller-Fulda (Zentr.) und Graf v. Ortola (natl.) werden als erste Rate 25 000 M. bewilligt.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt. Es folgt der Etat für das

Reichsmilitärgericht.

Dazu beantragen die Abgg. Gröber und Genossen (Zentr.) in einer Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Veröffentlichung einer Statistik über die Militärstrafsachen ergänzt wird durch eine Statistik über die bedingten und unbedingten Begnadigungen in Militärstrafsachen.

Abg. **Gröber** (Ztr.)

begründet die Resolution. Bisher liegt uns nur eine Statistik über die bedingten Begnadigungen bei Urteilen bürgerlicher Gerichte vor. Ueber die unbedingten Begnadigungen haben wir überhaupt noch keine Statistik. Die Statistik, die wir wünschen, hat folgenden Zweck: Stellt es sich heraus, daß in besonderen Fällen die Zahl der Begnadigungen besonders hoch ist, so folgt daraus, daß entweder die angesetzte Strafe zu hoch ist, oder daß bestimmte Kreise bei der Begnadigung wegen bestimmter Delikte besonders begünstigt werden. Derartigen Mißständen soll vorgebeugt werden.

Kriegsminister **v. Goßler:**

Es liegen erhebliche Bedenken gegen die Resolution vor, da das Begnadigungsrecht den einzelnen Landesherren zusteht und eine Kontrolle der Ausübung dieses Rechts durch das Reich nicht angängig erscheint. Eine bedingte Begnadigung giebt es in Militärstrafsachen überhaupt nicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010306-17/fragment/page=0005

Abg. Duckh-Koburg (Frs. Vp.):

Ich muß nochmals auf meine neulichen Ausführungen über die Bestätigungsordre der Gerichtsherren zurückkommen. Die Begnadigung oder eine Herabsetzung der Strafe steht nur dem obersten Kriegsherrn zu. Thatsächlich liegt aber die Sache heute so, daß die Gerichtsherren auf Grund ihrer Bestätigungsordre häufig selbst bei schweren Delikten die Strafe ganz erlassen. Dieser Zustand widerspricht dem Wortlaut des Gesetzes und ist unhaltbar. (Beifall links.)

Abg. **Gröber** (Ztr.)

wünscht in seinem Antrage die Worte „bedingten und" gestrichen zu sehen.

Mit dieser Aenderung wird die Resolution gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei angenommen; ebenso debattelos der Etat für das Reichsmilitärgericht.

Es folgt die zweite Beratung des

Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Abg. **Speck** (Ztr.):

Die Mindereinnahme aus dem Gersten- und Weizenzoll infolge des Rückganges der Einfuhr beweist, daß das Inland wohl in der Lage ist, noch einem weit größeren Bedarf zu genügen, als das bisher der Fall ist.

Abg. **Richter** (Frs. Vp.):

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Zustände auf dem Papiermarkt lenken. Dort hat ein Syndikat von Papierfabrikanten eine erhebliche Preissteigerung erzwungen. Gegenwärtig ist unter 30 Pfg. kein Papier mehr zu haben. Eine Folge davon ist, daß verschiedene Zeitungen ihre Abonnementspreise und ihre Inseratenpreise erhöht haben. Diese Steigerung ist aber nicht im geringsten durch eine Steigerung der Produktionskosten bedingt. Die Produzenten begründen die Preiserhöhung mit dem hohen Zoll, der 1877 von 4 Mk. auf 6 Mk. erhöht worden ist. Heute ist aber das Papier viel billiger geworden, so daß der alte Zoll von 6 Mk. heute nicht mehr im Verhältnis zu dem geringen Wert des Papiers steht. Die große Papieraussuhr beweist, daß das Papier so billig ist, daß es selbst bei hohen Frachten nach fernen Ländern konkurrieren kann. Da der Zoll jetzt jeden Sinn verloren hat, sollte man doch die Frage erwägen, ob sich nicht eine Aufhebung oder Ermäßigung des Zolles empfiehlt.

Abg. Graf **Kanitz** (konf.):

Die Preistreiberei auf dem Papiermarkte ist sicher verderblich, aber ich weiß nicht, wie man dagegen aufkommen kann. Wir sind Gegner aller solcher Syndikate und Ringbildungen, die darauf ausgehen, den Preis eines Produktes ungebührlich zu steigern, aber ob eine Zollermäßigung da etwas nützen soll, ist sehr fraglich. Die Preise für Cellulose sind lange nicht in dem Maße gestiegen wie die Papierpreise. Die Holzproduzenten haben von dem außerordentlichen Aufschlag der Papierfabrikanten bisher nur einen sehr geringen Vorteil gehabt.

Abg. **v. Scheele**-Wunsdorf (Welfe)

verlangt eine Herabsetzung der Zölle auf Mais, Reis, Kakao Kaffee, Thee und Petroleum sowie die Beseitigung der Salzsteuer.

Abg. **Richter** (Freis. Vp.):

Der Ansicht des Herrn v. Kanitz, eine Herabsetzung der Zölle würde nichts nützen, bin ich nicht. Wenn Graf Kanitz meint, man müsse die Syndikate mit allen Mitteln zu beseitigen suchen, so muß er doch zuerst nach dem nächsten Mittel greifen, das sich in der Aenderung des Zolltarifes darbietet.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Grafen Kanitz, daß mit einer Herabsetzung der Papierzölle augenblicklich gegen das Syndikat nichts auszurichten ist. Will Herr Richter durch Gesetz gegen die Syndikate vorgehen, so wird er uns auf seiner Seite finden.

Damit schließt die Diskussion.

Beim Titel Zuckersteuer bedauert

Abg. Graf **Stolberg** (konf.)

daß die Saccharinsteuer noch immer nicht da ist. Wir erwarteten die Steuer für den Anfang der Session. Die Finanzlage des Reiches ist nicht so glänzend, daß wir auf diese Steuer verzichten könnten. Wenn der Gesetzentwurf nicht schleunigst kommt, werden die Saccharinfabrikanten mit Entschädigungsansprüchen kommen.

Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**:

Die Schwierigkeiten, die sich anfangs der Abfassung eines Saccharingesetzes entgegenstellten, sind jetzt überwunden. Der Entwurf einer Saccharinsteuer ist im Reichsschatzamt fertig gestellt und wird dem Bundesrat in den nächsten Tagen zugehen.

Abg. **Wurm** (Soz.):

Durch das Zuckerkartell sind geradezu skandalöse Zustände in Deutschland geschaffen. Es ist so weit gekommen, daß der deutsche Zucker für den Konsumenten um 130 Prozent verteuert wird. (Hört! hört! bei den Soz.) Unsere Steuergesetzgebung hat es ja geradezu provoziert, daß sich Kartelle und Ringe gebildet haben. Das Zuckerkartell ist im vorigen Jahre begründet worden. Der Geschäftsführer des Kartells hat die Dreistigkeit, in einer Broschüre, die er herausgegeben hat, zu betonen, daß das Kartell sich zur Aufgabe gemacht habe, den deutschen Zuckerkonsum jährlich um 45 Millionen zu verteuern. Das Kartell arbeitet mit den Mitteln, die wir ja von den Unternehmern genugsam kennen gelernt haben, mit rücksichtslosem Terrorismus, gegen den noch niemals ein Staatssekretär auch nur einen Versuch gemacht hat, ein Zuchthausgesetz zu entwerfen. (Lachen rechts.) In der Sitzung vom 27. Oktober 1900 wurde beschlossen, den Abnehmern einen Revers des Inhalts vorzulegen, daß sie sich verpflichten, künftig mit unkartellierten Zuckerfabrikanten oder solchen, die in anderer Weise dem Kartell entgegentreten, Geschäfte nicht mehr zu machen. Durch die Ausfuhrprämie, die auch den Preis des Inlandsproduktes verteuert, durch die 45 Millionen, um die das Kartell den Zucker verteuert und durch die Abgabe, die das Reich erhebt, wird der Zucker dem deutschen Volke um 211¾ Millionen, d. h. 3.80 M. auf den Kopf verteuert. Während der Zucker infolge dieser Steuern pro Pfund 32 Pf. kostet, bleiben 14 Pf. für das Pfund Zucker als Preis für den Produzenten. Der Zucker wird also um 130 Prozent des Wertes für den Käufer verteuert. Solche Monopolpreise wären unmöglich, wenn wir nicht den Prohibitivzoll von 20 M. pro Zentner für die Einfuhr hätten. Mit Wucher ist eine solche Preissteigerung noch viel zu glimpflich bezeichnet. (Sehr richtig! bei den Soz.) An der Spitze des Zuckerkartells steht Herr Bueck, der ja schon öfter hier genannt werden mußte, wenn es sich um die Bedrückung der ärmeren Volksklassen handelt. Von Mitgliedern des Hauses sind in dem Aufsichtsrat die Konservativen Frhr. v. Richthofen-Damsdorf, Herr v. Arnim, Graf Carmer und vom Zentrum Herr Pingen. Ich bin stets dafür eingetreten, daß der Zuckerkonsum gehoben werden möge, denn der Zucker hat wegen seiner verhältnismäßigen Billigkeit als Volksnahrungsmittel große Bedeutung, durch die Zollgesetzgebung ist es dahin gekommen, daß die Konservenindustrie für Zuckerfrüchte, die ihren nationalen Boden in Deutschland haben könnte, ins Ausland verlegt worden ist. Diese Fabrikation hat in England eine so große Ausdehnung gewonnen, weil England in der Lage ist, unseren deutschen Zucker um 20 Pf. billiger zu bekommen als wir. Die Engländer zahlen nur 12 Pf. für das Pfund. (Hört! hört! bei den Soz.) Der Zuckerkonsum ist im Deutschen Reich außerordentlich gering. 1897 wurden pro Kopf 11½ kg verbraucht, in England 34¾ kg, also dreimal so viel wie in Deutschland.

Wenn diese Art der Besteuerung aufrecht erhalten wird, so überliefern wir große Massen des Volkes einer kleinen Angahl Ausbeuter und Wucherer. Herrn Oertel scheint der Ausdruck „Wucherer" nicht zu gefallen. (Abg. Oertel: Ich habe ja gar nicht zugehört.) Die große Mehrheit des Volkes hat Interesse daran, daß ein so wichtiges Nahrungsmittel nicht verteuert wird. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Graf **Stolberg-Wernigerode** (konf.)

wünscht möglichste Beschleunigung des Saccharinsteuer-Entwurfes.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.):

Die Zahlen des Vorredners stimmen im allgemeinen. Der Engländer bezahlt aber 15 bis 16 Pfg. pro Pfund und nicht 12 Pfg. Niemand würde überhaupt froher sein als die Zuckerindustrie, wenn sie die Zuckersteuer los würde. Aber woher sollen wir die 120 bis 130 Millionen nehmen, die die Zuckersteuer jährlich dem Reiche einbringt? Was die Prämien betrifft, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß in Frankreich die Steuer mit der Prämie 66 M. für den Doppelzentner beträgt. Frankreich thut das auch aus finanziellen Rücksichten. In den letzten 6 Jahren hat bei uns durchschnittlich keine Vermehrung der Zuckerproduktion stattgefunden, während Frankreich die seine fast verdoppelt hat. Die gesamte europäische Zuckerproduktion ist von 3 480 000 Tonnen auf 5 900 000 Tonnen gestiegen. Die Folge solcher Ausdehnung ist doch die, daß die Konsumenten billigeren Zucker bekommen. Das Kartell ist nur dazu geschaffen, um Widerstand gegen die wachsende Konkurrenz leisten zu können. Wenn die Produzenten nur 9 M. für den Rohzucker erhalten, dann können sie keine Seide spinnen. Trotz aller Bemühungen ist es nicht möglich gewesen, die anderen Länder zur Aufhebung der Zuckerprämie zu bringen. Würden wir jetzt die Prämie aufheben, so würden wir eine große Industrie opfern, bloß damit England nicht billigeren Zucker bekommt als wir. Seit 6 Jahren dehnt sich die Produktion in Deutschland nicht aus, weil in der Landwirtschaft Arbeiternot herrscht und die Löhne steigen.

Abg. **v. Staudy** (konf.):

Es besteht ein großer Unterschied zwischen den industriellen und den beiden landwirtschaftlichen Ringen. Bei letzteren kann doch der Zweck nicht eine Preissteigerung sein. In den Ausfuhrprämien liegt die Ursache.

Abg. **Richter** (Freis. Volksp.):

In der Frage der Zucker- und Prämiensteuer und des Kartells stimme ich durchaus Herrn Wurm bei. Herr Paasche fragt, wo bleiben wir mit unserem Zucker, wenn er nicht mehr ins Ausland geht. Der innere Konsum würde derartig zunehmen, daß der Ausfall des Absatzes nach dem Auslande vollkommen gedeckt würde. Die Hauptsache ist aber die Kartellfrage, wir wollen nicht, daß Private zur Reichssteuer noch eine Kartellsteuer legen. Die Absicht des Kartells, den Zuckerpreis um 3 M. pro Zentner zu erhöhen, macht für Deutschland eine jährliche Mehrbelastung von 400 Millionen aus. (Hört, hört! links.) Von dem Syndikatsgewinne werden nach den Bestimmungen des Kartells 5 Proz. zu einem Kampffonds verwandt, der dazu dient, neu entstehende Fabriken in den Zuckerpreisen so systematisch zu unterbieten, daß sie den Betrieb einstellen müssen. (Hört, hört!)

Abg. **Wurm** (Soz.):

Daß der Preis für Zucker vor 20 Jahren höher war als jetzt, ist richtig, aber damals waren auch die Produktionskosten bedeutend höher. Herr Paasche meinte, die Kartelle lägen auch im Interesse der Arbeiter. Es klingt wirklich einfach komisch, wenn Sie von der Liebe zu den Arbeitern reden. Gerade in den Zuckerfabriken herrschen die miserabelsten Arbeitsverhältnisse, und als die Arbeiterschutzgesetzgebung aufkam, waren es gerade die Papierfabrikanten, die petitionierten, man möge die Nachtarbeit der Arbeiterinnen weiter zulassen. — Diese ganze Verteuerung eines der notwendigsten Volksnahrungsmittel wird dazu beitragen, die Bevölkerung weiter aufzurütteln. Die Empörung in den Volksmassen über diese Ausbeuterung durch das Zuckerkartell ist eine allgemeine. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Paasche** (nat.-lib.)

behauptet gegenüber dem Vorredner, daß in den Papierfabriken die Lohnverhältnisse besonders günstige seien.

Damit schließt die Diskussion.

Beim Titel Branntweinsteuer erklärt Reichsschatzsekretär Freiherr von Thielmann auf eine Anfage des Abg. Holz (Rp.), daß die Novelle zum Branntweinsteuergesetz noch vor Ostern dem Reichstag zugehen werde.

Der Rest des Etats wird nach unwesentlicher Debatte erledigt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. — Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Etat des Auswärtigen Amts. Reichsinvalidenfonds. Schluß 6¾ Uhr.

Soziales.

— **Genossenschafts-Apotheken in Frankreich.** Ein im Jahre 1898 erlassenes französisches Gesetz über die Gesellschaften zur gegenseitigen Unterstützung hat diesen das Recht gegeben, Apotheken zu errichten, sofern sie mit deren Leitung einen geprüften Apotheker betrauen. Nunmehr hat der Unternehmerverband der Apothekenbesitzer an der Rhonemündung 79 Vereine strafrechtlich verfolgt, weil sie die Arzneien nicht nur an Mitglieder, sondern auch an Fremde und an Familienangehörige beider Gruppen abgegeben hätten. Nachdem die angeklagten Vereine bereits in erster und zweiter Instanz freigesprochen worden waren, betrieb das Syndikat die Revision beim höchsten Gericht. Auch hier wurden die Vereine freigesprochen.

— **Unentgeltliche Geburtshilfe und Beerdigung** ist bekanntlich in Offenbach a. M. durch die sozialdemokratische Mehrheit des Stadtparlaments eingeführt worden. In der Bürgerschaft werden die Einrichtungen recht gewürdigt. Besonders ist es die freie Geburtshilfe, die viel in Anspruch genommen wird. Da für beide Posten 10 000 M. vorläufig eingestellt waren, so wurden jetzt noch 1000 M. für das laufende Jahr nachbewilligt, weil der vorgesehene Betrag nicht ausreichen dürfte. Sind doch bis jetzt allein für Geburtshilfe 7900 M. ausgegeben worden, während für unentgeltliche Bestattung nur 1880 M. erforderlich waren. Da es mehrfach vorgekommen ist, daß die Hebammen bei Tauffeierlichkeiten sich noch mit Geschenken 2c. bedenken ließen, so wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß dies nach dem festgesetzten Reglement unstatthaft sei, da die Hebammen außer dem von der Stadt gezahlten Betrag von 10 M. pro Entbindung weitere Ansprüche nicht zu machen hätten und eine doppelte Bezahlung auf die angedeutete Weise nicht Platz zu greifen hätte.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Streikfünder.** Der Steinbrucharbeiter Lachmann aus Schneeberg wurde beschuldigt, unbefugterweise Arbeiter in dem, dem Bauunternehmer Starke in Weißenfels gehörigen Steinbruch in Oberschlema zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen gesucht und ihnen dabei unter Schimpfen die Schaufeln zu entreißen versucht zu haben. Er wurde des ihm zur Last gelegten Vergehens für überführt erachtet und zu vier Tagen Gefängnis verurteilt.

§ **Schwarze Listen nicht strafbar** oder: belehrte Harmoniedusler. Bei der Zivilkammer des Düsseldorfer Landgerichts hatten 30 frühere Arbeiter der Emaillefabrik Wortmann u. Elbers Klage eingereicht. In der Fabrik kam es zu Anfang des vorigen Jahres zwischen einem Teile der Arbeiterschaft und der Fabrikleitung zu Lohndifferenzen, in deren Verlauf die Arbeiter nach ordnungsmäßiger Kündigung den Ausstand proklamierten. Der Fabrikherr beantwortete diesen Schritt mit einem an sämtliche deutsche Firmen der Branche versandten Zirkular, das die Namen der Ausständigen enthielt und zur Folge hatte, daß die letzteren nirgendwo mehr eingestellt wurden. Die Arbeiter klagten alsdann gegen die Fabrikleitung auf entsprechenden Schadenersatz mit der Begründung, daß ihnen durch die schwarzen Listen des Dr. Elbers die Ausübung ihres bisherigen Berufes unmöglich geworden sei und sämtliche nur unter wesentlich geringeren Lohnbezügen wieder Arbeit hätten finden können. Nachdem dieser Prozeß sich fast ein Jahr hingezogen und zu Beweiserhebungen in größerem Umfange geführt hatte, lautete das gerichtliche Erkenntnis dahin, daß die Kläger mit ihren Ansprüchen abzuweisen seien. Voraussichtlich wird die Angelegenheit noch die höheren Instanzen beschäftigen. — Ein tückischer Zufall will es, daß die 30 Arbeiter Hirsch-Dunckersche Gewerkvereinler sind, also Apostel der Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Wie diese Harmonie aussieht, haben sie nunmehr am eigenen Leibe spüren müssen. Aber hübsch ist es doch, daß hier kein Staatsanwalt eingreift, während jeder Streikposten, und wenn er sich noch so ruhig verhält, Bekanntschaft mit dem Kittchen machen muß.

Parteinachrichten.

Auf dem Offenburger Parteitage der badischen Sozialdemokratie ist es zu lebhaften Auseinandersetzungen wegen der verschiedenen Anschauungen über die Taktik gekommen. Der Referent über die Thätigkeit der Landtagsfraktion, Redakteur Fendrich, sagte am Schlusse seines Berichts: Beim Eintritt in eine solche gesetzgebende Körperschaft mache man die Erfahrung, daß man aus der Welt der idealen Begriffe in die der realen Verhältnisse trete, wo die Sachen sich hart im Raume stoßen. Wir müßten unser Augenmerk mehr auf das Erreichbare als auf das Wünschenswerte richten.

Engler (Freiburg) erklärte dann, gegenüber der ablehnenden Haltung in der Wahlrechtsfrage habe die sozialdemokratische Landtagsfraktion keine Veranlassung gehabt, für das Budget zu stimmen.

Kahenstein (Mannheim) entgegnete Fendrich, man könne die idealen Begriffe, die oft auf harten Thatsachen beruhen, sehr wohl auch im Landtage vertreten. Er stehe nicht auf dem Standpunkte, die Verfassung anzuerkennen. So lange der heutige Staat den Charakter des Klassenstaates habe, müßten die sozialdemokratischen Abgeordneten das Budget ablehnen. Das Lob, das der Minister Eisenlohr dem Verhalten unserer Landtagsabgeordneten gezollt habe, komme einem Vorwurfe gleich. Gerade die Beiseteschiebung unserer Prinzipien habe das Gezänke und die Streitereien zur Folge und lähme daher jede erfolgreiche Agitation.

Dreesbach (Mannheim) verteidigte die Bewilligung des badischen Budgets damit, daß neun Zehntel desselben Kulturaufgaben dienten. Man könne nicht gegen notwendige Ausgaben für Schule, Handel, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr stimmen. Ebensowenig könne man sagen, daß die Verfassung nicht für uns gelte, sondern wir könnten nur auf ihre Abänderung hinwirken. Wollten wir uns darauf beschränken, nur unser Endziel zu propagieren, dann wären auch Konsumvereine und Bestrebungen gegen den Alkoholismus völlig unnötig.

Kolb (Karlsruhe) hält es für verfehlt, fernliegende ideale Forderungen auf Kosten von dringenden und ausführbaren Gegenwartsforderungen in den Vordergrund zu stellen.

Adolf Geck (Offenbach) ist mit Fendrichs Bemerkungen über das Endziel nicht einverstanden; gegenüber Katzenstein betont er, daß es kein Vorwurf ist, wenn man für sein anständiges Verhalten vom Gegner gelobt wird.

Fendrich verharrte auf seinem Standpunkt und meinte, ein Endziel gebe es überhaupt nicht, sondern nur eine allgemeine Richtung, deren Ziel erreicht werde durch eine unendliche Reihe von einzelnen Erfolgen.

Bei der Frage der Taktik bei den Landtagswahlen verteidigte Dreesbach die bisherige und streifte dann noch kurz die Frage der Besetzung eines Postens im Präsidium des Landtags. Er sei der Meinung, daß es sich da nicht um den Frack, sondern lediglich darum handle, ob die Besetzung eines solchen Postens durch die Sozialdemokratie das Prinzip verletze. Das sei aber keineswegs der Fall. Mit solchen Zwirnsfäden, die uns von der Entfaltung unserer Macht abhalten, sollte endlich gebrochen werden.

Dreyfus (Offenburg) wünscht einen Beschluß über die Kompromisse; so ganz gefahrlos für das Prinzip sei die Kompromißtaktik nicht.

Steiger (Pforzheim) erklärte, in Pforzheim sei Korruption in der Partei eingerissen, aber daß dort mit bürgerlichen Parteien ein Kompromiß abgeschlossen wurde. Man hätte hier ein Kompromiß mit dem freisinnigen Tageblatt eingegangen, das an Stelle des Parteiorgans bei den Wahlen die Agitation für uns unterstütze.

Kolb (Karlsruhe) erblickt in dem taktischen Vorgehen der Oppositionsparteien gegen die Nationalliberalen auch Schattenseiten. Man dürfe die Macht und den Einfluß des Zentrums, mit dem wir noch einen schweren Kampf auszufechten haben würden, nicht zu groß werden lassen. Minister Schenkel habe anfänglich bereits mit dem Gedanken kokettiert, mit der Zehnterschen Richtung eine neue Regierungspartei sich zu schaffen. Sei der Gedanke auch vorläufig mißglückt, so werde er bei weiterer Stärkung des Zentrums und gleichzeitiger Schwächung der Nationalliberalen sicher einmal praktische Bedeutung erlangen. Vorläufig könne man indes die Taktik nicht ändern, denn die Wahlrechtsfrage müsse einer Lösung entgegengeführt werden.

Adolf Geck betonte, daß im Wahlkampfe in der Hauptsache das Programm maßgebend sein muß.

Nachdem noch Groß (Freiburg) erklärt hatte, daß Kompromisse ein notwendiges Uebel seien, wurden die Durlacher Beschlüsse, auf denen die jetzige Taktik bei den Landtagswahlen beruht, auch für die kommenden Landtagswahlen beibehalten.

Im Schlußwort erklärte Dreesbach, daß trotz der harten Worte, die hin und wieder auf der Zusammenkunft gefallen waren, es weder Sieger noch Besiegte gebe, und daß wir nunmehr mit vereinten Kräften weiterarbeiten müßten im Interesse und zum Wohle unserer Partei.

Streikpostenstehen. In Stolberg bei Aachen wurden am 1. März von dem dortigen Schöffengericht sechs streikende Arbeiter, welche wegen Streikpostenstehens angeklagt waren, freigesprochen. Diese Arbeiter waren von einem Polizeibeamten aufgefordert worden, aus der Nähe der Fabrik, wo sie sich aufhielten, wegzugehen. Der Aufforderung kamen die Arbeiter nicht nach, und deshalb die Anklagen, die eine Belästigung des Publikums konstatierten. Die Polizeiverwaltung wollte die „Belästigung" dadurch beweisen, daß dem Fabrikanten Lürsch, dessen Arbeiter im Streik waren, das Streikpostenstehen unbequem gewesen sei. Eine derartige Begründung war dem Gericht doch nicht genügend und deshalb erkannte es auf Freisprechung.

Gewerkschaftliches.

Schuhmacher. In Berlin haben 5 Fabriken mit 100 Arbeitern die Forderungen bewilligt; 3 Fabriken mit 145 Arbeitern stehen noch in Unterhandlungen.

Im Ruhrgebiet greift die Arbeitslosigkeit in der Eisenindustrie um sich. Schuld daran sind die Kohlenbarone, welche die Preise für Kohlen und Koks in unverschämter Höhe halten.

Der Münchener Magistrat hat auf die Anfrage der sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten hinsichtlich der Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit befriedigende Erklärungen abgegeben. Er hat die Vornahme umfänglicher Straßenbauten zugesagt und auch mitgeteilt, daß das städtische Arbeitsamt eine Zählung der Arbeitslosen vornimmt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190103 06-17/fragment/page=0006

Die hessischen Parteigenossen beschlossen, um das Defizit des in Kassel erscheinenden Volksblattes und des wöchentlich erscheinenden Kopfblattes Der Wegweiser zu beseitigen, eine Beilage wegfallen zu lassen und den Preis des Wegweisers von 20 auf 25 Pf. monatlich zu erhöhen. Bei so niedrigem Preise wird auch in Zukunft das Blatt seine Kosten nicht decken können.

In Hamburg, Stuttgart, München und an andern Orten haben weitere Protestversammlungen gegen Erhöhung der Getreidezölle stattgefunden, die ohne Ausnahme stark besucht waren und glänzend verliefen.

Glasarbeiter. Der Kampf der Glasarbeiter gegen den Kommerzienrat Heye um Anerkennung des Verbandes ist jetzt auf der ganzen Linie entbrannt, da sich nun auch die Glasmacher der Heyschen Fabrik in Nienburg ihren schwer ringenden Kollegen in Schaumburg, die sich schon mehrere Monate im Kampfe befinden, angeschlossen haben. In Nienburg haben sämtliche Glasarbeiter bis auf 4 Ballonbläser die Arbeit eingestellt. Bei dieser Gelegenheit zeigt sich wieder einmal so recht die Absicht, die sich hinter dem Gewand der „Wohltätigkeit" verbirgt bei der Errichtung von Arbeiterwohnungen durch „fürsorgliche" Fabrikanten. Innerhalb drei Tagen müssen die streikenden Glasarbeiter die Fabrikwohnungen verlassen. Man hatte gehofft, mit Hilfe dieser Wohnungskalamität den Glasmachern Furcht einzuflößen und von den verschiedensten Seiten wurden die Einwohner aufgehetzt, den in den Streik Tretenden keine Wohnungen zu geben. Selbst auf den Nachbardörfern macht sich dieser Einfluß bemerkbar. Indes, die Herren, die glaubten, mit Hilfe der Wohnungsnot die Glasmacher einzuschüchtern, werden sich getäuscht sehen.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 5. März 1901.

In der geschlossenen Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

kam es gestern zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Bürgermeister v. Holly und dem Stadtv. Albrecht. Es handelte sich um die Anstellung von 9 Polizeisergeanten; 4 davon hatten bereits die erste Lesung passiert und wurden gegen sie in der zweiten Lesung keine Bedenken erhoben. Bei den fünf anderen handelte es sich um die erste Lesung. Hier erhob der Stadtv. Albrecht Bedenken gegen die Anstellung eines gewissen Reidemeister, welcher wegen Mißhandlung eines Untergebenen mit 3 Wochen Arrest bestraft war. Stadtv. Albrecht war der Meinung, daß ein Mann, welcher sich gegen seine Untergebenen in solcher Weise vergeht, sich nicht zum Polizeisergeanten eignet. Bürgermeister v. Holly führte dagegen ungefähr aus: Wir verlangen von den Beamten, daß sie dem Publikum höflich und anständig entgegentreten, aber im Notfalle müssen sie auch **ordentlich zuschlagen können.** Stadtv. Krüger und Albrecht traten Herrn v. Holly energisch entgegen.

Schließlich beschwerte sich Stadtv. Albrecht darüber, daß der Wechsel der Polizeisergeanten in Halle ein so großer sei, er fühle sich veranlaßt, den Antrag zu stellen, Erhebungen darüber einzuleiten, ob der Wechsel in anderen Städten auch so stark sei wie bei uns. Bürgermeister v. Holly wandte sich selbstverständlich gegen den Antrag und nahm den Herrn Ober-Inspektor Weydemann in Schutz. Der Antrag Albrecht wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Ehrentafeln.

Unter diesem Namen wird gegenwärtig von der bürgerlichen, vor allem von der Kreisblatt-Presse eine Tabelle veröffentlicht, auf der die Summen genannt sind, die von Privaten und Aktiengesellschaften für Zwecke der Arbeiterfürsorge und für sonstige gemeinnützige, ferner für religiöse Zwecke gezeichnet worden sind. Die Privaten haben 39,9 Millionen, die Aktiengesellschaften 20,6 Millionen Mark hierfür ausgegeben. Abgesehen davon, daß das Ziffernmaterial der Kontrolle ermangelt, zeigt die Tabelle selber schon, daß insbesondere die Aktien-Gesellschaften gar keine Ursache haben, sich mit ihrem Gemeinsinn zu brüsten. Denn bei den Positionen Erholungsstätten und Volksparks, Gesundheitspflege (Bäder, Arbeiterferien), Blindenfürsorge, Obdachlosen- und Entlassenenfürsorge, Rettungswesen, Kunstwesen, Museen, Denkmäler glänzen die Aktiengesellschaften durch Abwesenheit; was hier gezahlt wurde, das ist von Privaten aufgebracht worden. Was die Aktiengesellschaften thun, das hat mit Gemeinsinn wenig zu schaffen, sondern ist fast lediglich Ausfluß geschäftlicher Kalkulation, nämlich der, die Arbeiter an die Fabrik zu fesseln, um jederzeit ein tüchtiges, aber auch gefügiges Personal zu haben. Von den 20,6 Millionen, die die Ehrentafel als von Aktiengesellschaften gegeben aufführt, kommen 10,8 Millionen auf Pensions- und Unterstützungsfonds, Stiftungen für Arbeiter und deren Angehörige, 6,6 Millionen auf Prämien, Gratifikationen und nichtstatutarische Gewinnanteile, 2,1 Millionen auf nicht besonders bezeichnete Arbeiterwohlfahrtszwecke, 0,688 Millionen auf Wohnungsfürsorge, 0,137 Millionen auf Krankenpflege und Genesenenfürsorge u. s. w., dagegen nur 26 000 M. auf nicht besonders bezeichnete gemeinnützige Zwecke. — Es fällt uns nicht ein, die freilich ungenügenden bürgerlichen Wohlfahrtsbestrebungen zu verspotten, die 20,6 Millionen der Aktien-Gesellschaften und die 39,9 Millionen der Privaten sind eine achtungswerte Summe; wogegen wir uns wenden müssen, das ist die Ruhmredigkeit, die mit solchen Schenkungen getrieben wird. Dieser gegenüber muß betont werden, daß gerade bei den Aktiengesellschaften das geschäftliche Interesse, nicht etwa ein tiefes soziales Mitempfinden die Ursache des Schenkens ist; und daß ferner diese Summe nur ein kleiner Bruchteil dessen ist, was die Arbeiterschaft insgesamt den Aktionären jährlich mühelos in den Schoß liefert.

Sozialdemokratisches Lob.

„Herr Bürgermeister Weller siedelt Ende dieses Monats zur Uebernahme seines neuen Amtes nach Breslau über. Seine speziellen Freunde hatten am Donnerstag abend in der Loge zu Ehren des Scheidenden einen Kommers veranstaltet, der zahlreich besucht war und nach den Bekundungen aller Teilnehmer einen recht schönen Verlauf nahm. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung haben sich aus begreiflichen Gründen dem Kommers fern gehalten. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß sie nicht ebenso aufrichtig, wie jener Kreis von Personen, welcher an diesem seinem Ehrenabend dem Scheidenden die Hand drückte, den Fortgang des Bürgermeisters bedauern. Unsere Genosse im Stadtparlament haben oft zu dem Bürgermeister Weller in Gegnerschaft gestanden, aber es wird uns von ihnen versichert, daß ebenso, wie sie vor Jahren mit einmütigem Vertrauen Herrn Weller zum Bürgermeister berufen halfen, sie ihn auch jetzt mit ihren vollen Sympathien auf seinem ferneren Weg begleiten. Die Stadt verliert in Herrn Weller einen ungemein fleißigen und tüchtigen Beamten, der sich auch sonst durch schätzenswerte Charaktereigenschaften auszeichnete. Seinen Gerechtigkeitssinn, der von anderer Seite ihm nachgerühmt wird, müssen auch wir anerkennen. Hoffentlich ersetzt uns sein Nachfolger, was wir in Herrn Bürgermeister Weller verlieren."

So zu lesen in der sozialdemokratischen Brandenburger Zeitung. Was sagt Herr v. Rheinbaben dazu?

* **Sozialdemokratischer Verein.** Erfreulicherweise hält der Zugang zum Sozialdemokratischen Verein trotz der schlechten Wirtschaftsverhältnisse und der herrschenden Arbeitslosigkeit oder vielleicht gerade deshalb an, so daß die Mitgliederzahl im ständigen Wachsen begriffen ist. In der vergangenen Woche waren 29 Neuanmeldungen zu verzeichnen.

* **Sistierungen wegen Streikpostenstehens** erfolgen fast täglich. Heute morgen wurden in der Turmstraße wiederum drei Maurer zur Wache gebracht und ihr Personalverzeichnis aufgenommen. Die Polizei scheint den Kampf gegen die Streikposten mit eiserner Zähigkeit zu führen gesonnen zu sein, es wird sich zeigen, wer der zähere Teil ist: sie oder die Streikenden.

* **Der Handelsvertragsverein zu Berlin** hält heute, Dienstag, in den Kaisersälen eine öffentliche Volksversammlung ab „zum Zwecke der Stellungnahme zu der künftigen Handelsvertragspolitik des Deutschen Reiches". Herr Dr. Bosberg-Rekow, der Direktor der Zentralstelle für die Vorbereitung von Handelsverträgen, wird das Referat hierzu halten. Die „Volks"versammlung scheint jedoch weniger für das eigentliche Volk, für die Arbeiterschaft, Kleinhandwerker usw. berechnet zu sein, als für die Vertreter der Großindustrie, denn der Verein hat ein Lokal ausgesucht, das von der Arbeiterschaft schon seit geraumer Zeit gemieden wird. Mag er sich darum auch nicht beklagen, wenn die Arbeiterschaft sich auf ihre Protestversammlungen beschränkt.

k. **Den ausständigen Eisenformern von Werneburg u. Co.** haben sich gestern zwei Metallformer angeschlossen, als sie die Arbeit der Eisenformer fertig stellen sollten. Der Former Fischer und der Kernmacher, die während des Ausstandes dort angefangen hatten, haben die Bude auch wieder verlassen, so daß Herr Werneburg augenblicklich nur über einen jungen Arbeitswilligen verfügt.

* **Die Kaufmannsfirma Hermann Bauchwitz** am Markt ersucht uns, mitzuteilen, daß ihr Inhaber mit dem im hiesigen Harmlosenprozeß genannten Zeugen Kaufmann Bauchwitz nicht identisch sei.

* **Die Hallesche Straßenbahn** hat für die Zeit vom 16. März bis einschließlich 15. Oktober ihren Fahrplan wie folgt festgesetzt:

Abfahrt der ersten Wagen von den Endstationen
am Bahnhof Halle
in Halle-Giebichenstein } 6½ Uhr morgens,
in Halle-Kröllwitz

Abfahrt der letzten Wagen von den Endstationen:
am Bahnhof Halle
in Halle-Giebichenstein } 11½ Uhr abends,
in Halle-Kröllwitz } 11 Uhr abends.

Wagenfolge von 5 zu 5 Minuten.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche in Halle-Süd 50 Personen und zwar an: Blutarmut 2, Krämpfen 1, Lungenentzündung 4, Blutvergiftung 1, Schwäche 4, Gehirnsclerose 1, Lungenlähmung 1, Herzmeiterung 1, Darmkatarrh 1, Bronchialkatarrh 1, Wassersucht 2, Schwindsucht 9, Selbstmord 1, Influenza 1, Herzmuskelentzündung 1, Luftröhrenkatarrh 1, Schlaganfall 1, Hirnentzündung 1, Lungenkatarrh 2, Scleroderma 1, Diphtherie 1, Gehirnkrämpfen 1, Herzlähmung 2, Scharlach 2, Gehirngeschwulst 2, Krebs 2, Pemphigus 1, Herzschlag 1, Schenkelbruch 1. Darunter sieben Ortsfremde.

In Halle-Nord verstarben in der vergangenen Woche 20 Personen und zwar an: Gehirnschlag 2, Luftröhren- und Darmkatarrh 1, Lungenkatarrh 1, Lungenschwindsucht 1, Hirnhautentzündung 1, Herzschlag 1, Altersschwäche 5, Herzlähmung bei Influenza 1, Diabetes mit nachfolgender Lungentuberkulose 1, Masern mit Luftröhrenentzündung 1, Herzinnenhaut- und Herzbeutelentzündung nach akutem Rheumatismus 1, Schwäche 1, Herzfehler 1, Influenza 1, Bauchfellentzündung 1. Darunter 2 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Die jüngste Novität von Gerhart Hauptmann, das Drama Michael Kramer, gelangt am Mittwoch zur ersten Aufführung. In den Hauptrollen ist das Werk mit den Damen von Schultz, Maltana und Fredi-Franken und den Herren Schreiner, Guru und Faber besetzt. Die Vorstellung ist im Farbenabonnement (114. rot). Für Donnerstag ist Oberon angesetzt. Am Freitag gastiert der Hofschauspieler Paul Wiecke nochmals in der Novität Giordano Bruno.

* **Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Am Dienstag wird die von dem gänzlich ausverkauften Hause mit so jubelnder Zustimmung begrüßte Komödie von Otto Ernsts Flachsmann als Erzieher, zu deren Erst-Aufführung der Andrang ein so gewaltiger war, daß die Kasse schon vor Beginn der Vorstellung geschlossen werden mußte, wiederholt, während am Mittwoch bereits die 37. Wiederholung der Dame von Maxim stattfindet. Die Billet-Nachfrage für das am 11. März (Montag) beginnende Sandrock-Gastspiel (Heimat, Francillon, Camelliendame und Eva) ist bereits jetzt eine so bedeutende, daß die baldigste Besorgung der Billets dringend anzuraten ist.

d. **Weißenfels.** Die Lage der Kürschner. Seit ungefähr 15 Jahren sind die Kürschner hier organisiert gewesen, jedoch durch den schlechten Geschäftsgang in den letzten Jahren war die Organisation wieder eingeschlafen. Als voriges Jahr die naturellen Pelzsachen wieder Mode wurden, kam auch bei uns ein flotter Geschäftsgang. Seit dem 1. April 1900, wo wir kaum ein Vierteljahr Arbeit hatten, haben wir bis jetzt stets flott gearbeitet. Voriges Jahr im Oktober traten die Kürschner wieder zur Organisation zusammen und schlossen sich dem Rauchwarenzurichter-Verband von Leipzig an; von 80 hier arbeitenden Gesellen traten sofort 75 dem Verband bei, so daß nur 5 Mann dem Verband nicht angehören. Es wurde eine Lohnkommission gewählt, welche einen Lohntarif ausarbeitete, mit den Meistern verhandelte und ein günstiges Resultat erzielte. Dieses war nur den Kollegen zu verdanken, daß sie sich allesamt mit einem Mal der Organisation angeschlossen haben, und nicht wie früher, daß von ca. 200 Gesellen nur ungefähr 30 organisiert waren.

Durch den neuen Tarif, nach welchem jetzt zum größten Teil gearbeitet wird, sind folgende Lohnsätze maßgebend: Stundenlohn, früher 28—30 Pfg., jetzt 35—45 Pfg., 35 Pfg. erhalten nur ganz schwache Arbeiter, die kein Tagewerk leisten können, die anderen bekommen 40—45 Pfg., für das Fleischen der Felle gab es früher 9 Mk. pro 1000 Stück, jetzt 10.50 Mk., Abziehen der Felle früher 6.50 Mk., jetzt 7.50 Mk. pro 1000, Strecken der Rücken früher 5 Mk. bis 5.50 Mk., jetzt 6 Mk., Futter auflegen früher 25 und 30 Pfg., jetzt 30 und 35 Pfg. pro Stück. Haarziege tratzen früher 6—7 Mk., jetzt 10 Mk. pro 1000 Stück.

Daraus ist wohl zu ersehen, daß, wenn die Kollegen ihre Pflicht erfüllen und jeder treu zum Verband hält, es kein Meister wagen kann, Euch nur einen Pfennig wieder abzuziehen; und alle Schmutzkonkurrenz habt Ihr mit einem Schlage aus der Welt geschafft. Denkt an die früheren Jahre, wo man Euch die Hälfte Lohn gegeben hat und sich nicht scheute, daß man im Kreisblatt Kürschner suchte und Arbeitslose in Scharen kamen. Da sagte der betreffende Meister, ich brauche keine Leute, ich wollte nur sehen, wie viele keine Arbeit hatten.

Darum, Kollegen, seid einig, denn Eure Einigkeit ist Eure Existenz! Noch sind zwei Schaffellzurichtereien hier und zwar Karl Nitz und Emil Schönberg; bei Nitz wird nach dem Leipziger Lohntarif gearbeitet; er hat zehn Zurichter; bei Schönberg, welcher sich vor einem halben Jahre erst selbständig gemacht hat, arbeitet nur ein Zurichter; selbiger hat aber jetzt wieder aufgehört, da Schönberg nicht den Tarif bezahlt und erklärt hat, er ließe sich keine Vorschriften machen, auch hätte er die Ware sehr billig angenommen. Die letzte Kürschnerversammlung hat zu dieser Angelegenheit Stellung genommen und einstimmig beschlossen, daß die Weißenfelser Verbandsmitglieder bei Schönberg nicht in Arbeit treten wollen. Daß noch nicht alle Kürschner für den neuen Tarif arbeiten, erklärt sich daraus, daß noch einige Meister Ware haben, welche noch zum alten Preis in Leipzig angenommen ist.

h. **Weißenfels.** Gegen den Brotwucher hat am Montag auch die hiesige Arbeiterschaft protestiert. Zwei Versammlungen wurden zu diesem Zwecke zu gleicher Zeit abgehalten. In der Zentralhalle in der Altstadt sprach Genosse Peus-Dessau vor etwa 170 Personen; der Saal hätte noch viel voller sein können. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaftesten Beifall. In der Reichskrone (Neustadt) sprach Genosse Ad. Thiele. Der Saal war mit etwa 400 Zuhörern dicht besetzt; auch viele Frauen waren erschienen. Dem über anderthalbstündigen Vortrage folgte langanhaltender Beifall. Die Hallesche Resolution wurde einstimmig angenommen. Zur Erheiterung trug die Erzählung des Genossen Recknagel bei, wie der Bürgermeister das Anleben von Plakaten, die zum Besuch der Versammlungen aufforderten, verboten habe. Einige Genossen hatten gleichwohl ihre Handzettel in der Nacht zum Montag an Telephonständer und andere geeignete Orte geklebt. Kaum war das schwere Verbrechen ruchbar geworden, als die Nachtpolizei sämtliche Straßen noch in der Nacht durchelte und die Umsturzplakate, obwohl sie auf weißes Unschuldspapier gedruckt waren, mit Hilfe der blankgezogenen Seitengewehre abkratzte, so daß der heranbrechende Morgen alle Spuren des sozialdemokratischen Umsturzversuches getilgt sah. Dank dieser Vorsicht sieht heute unsere Stadt noch genau auf demselben Flecke wie gestern.

o. **Weißenfels.** Sozialdemokraten als Kassenverwalter. Einer der leitenden Gedanken bei der geplanten „Verbesserung" des Krankenversicherungsgesetzes geht bekanntlich dahin, den Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiter auf die Leitung der Krankenkassen möglichst zu brechen. Daß unsere in den Kassenverwaltungen sitzenden Genossen sich nicht bewährt hätten, das zu behaupten, fällt freilich den Scharfmachern nicht ein, weil das Gegenteil jeden Augenblick nachgewiesen werden könnte. Als am 1. April vorigen Jahres die hiesige Ortskrankenkasse II den Genossen Recknagel als Rendanten anstellte, erhob sich ein gewaltiges Geräusch auf seiten der Ordnungshüter. Die Arbeiter ließen sich aber nicht irre machen, und auch der von der hiesigen Stadtverwaltung erhobene Protest gegen die Wahl Recknagels mußte von der Regierung in Merseburg als unberechtigt zurückgewiesen werden. Nach dreivierteljähriger Thätigkeit unseres Genossen ergiebt der Rechnungsabschluß folgendes Bild. Nachdem im Jahre 1897 das Kassenvermögen um 500 Mk., 1898 um 600 Mk. und 1899 um 3600 Mk. abgenommen hatte, so daß es von 9269.48 Mk. auf 4569.48 Mk. gesunken war, ist es am Schluß vorigen Jahres wieder auf 7869.48 Mk. gestiegen. Während Ende 1899 auf jedes Kassenmitglied etwas über 2 Mk. Vermögen entfiel, ist dieser Betrag Ende 1900 auf rund 4.15 Mk. gestiegen. Gewiß ein unwiderleglicher Beweis für die „Unfähigkeit" des „Tischlergesellen" Recknagel, der nichts von der Kassenverwaltung versteht.

Naumburg. Domherr Graf Posadowsky. Wie der Tägl. Rundsch. von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist Staatssekretär Graf Posadowsky nicht, wie es ursprünglich hieß, Domherr von Brandenburg, sondern Mitglied des Domkapitels im Hochstifte Naumburg an Stelle des verstorbenen Oberpräsidenten von Puttkamer geworden. Der Befürworter „des Zuchthausgesetzes" folgt also dem langjährigen parlamentarischen Befürworter des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie. Die sogen. „Investitur" wird in Naumburg Mitte März stattfinden.

G. **Delitzsch.** Die Protestversammlung gegen den Brotwucher nahm einen glänzenden Verlauf. Der Referent, Genosse Weißmann-Halle, drückte jedenfalls in seinem 1½ stündigen, oftmals von Beifall unterbrochenen und mit statistischem Material reich ausgestatteten Vortrag die Stimmung aller Anwesenden gegenüber dem geplanten Brotwucher aus, als er in wuchtigen und zündenden Worten gegen die Brotverteuerung und die dadurch bedingte Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse Protest einlegte. In der Diskussion legte Gen. Münzer die Schädigung der Delitzscher Industrie durch die Zollpolitik der Junker dar und forderte zum energischen politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß auf. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen; in einer zweiten wurde den Stadtv. Biedermann und Münzer der Auftrag erteilt, im Stadtverordneten-Kollegium eine Petition gegen die Getreidezollerhöhung an den Reichstag zu beantragen. Am Schluß der Versammlung forderte der Leiter der Versammlung, Gen. Biedermann, zum Beitritt in den Sozialdemokratischen Verein auf mit dem Erfolge, daß 15 Neuanmeldungen zu verzeichnen waren. Die Versammlung war sehr gut besucht, auch viele Landleute waren anwesend und — einige Antisemiten, die sich aber an der Diskussion nicht beteiligten.

Torgau. Ueber die Lohnbewegung der hiesigen Schneidergehilfen lesen wir — die Streikenden haben merkwürdigerweise es bis jetzt vergessen, uns einen Situationsbericht einzusenden — im amtlichen Torg. Kreisbl. vom 4. März. Etwa 45 Schneidergehilfen haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt. Die Veranlassung hierzu gab eine von den Gehilfen verlangte Lohnerhöhung von 20 Proz., die von den Meistern in vollem Umfange nicht bewilligt wurde. Heute früh erschien infolgedessen kein einziger Gehilfe auf der Werkstätte. In einer auf heute nachmittag anberaumten Versammlung der Arbeitgeber und -nehmer sollen die bereits seit 14 Tagen schwebenden Verhandlungen fortgesetzt werden. Daß es zu einer Verständigung kommt, ist unwahrscheinlich. Mit Ausnahme der Gehilfen auf einer Werkstelle erhielten sämtliche Schneider Akkordlohn.

Versammlungsberichte.

Arbeiterbildungs-Verein.

Im Versammlungsbericht der vorigen Nummer ist das Inventarvermögen auf 314 M. angegeben, in Wirklichkeit beträgt es 3014 M. Das Stiftungsfest findet nicht am 26., sondern am 16. d. statt. K. K.

Gewerkschaftskartell zu Wittenberg.

Sitzung vom 24. ds.

Das Protokoll wird genehmigt. An der sich anschließenden Debatte ist bemerkenswert, daß in der Abrechnung vom 1. Quartal 1900 noch nachträglich mehrere Einnahmeposten bekannt werden, die seitens verschiedener Kartelldelegierter s. Z. nicht abgeliefert worden waren. Diese sollen in der diesmaligen Abrechnung mit Aufstellung finden.

Beschlossen wird zunächst, eine Anfrage an das Arbeiter-Sekretariat in Halle zu richten, wie sich das Kartell wegen Ex-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010306-17/fragment/page=0007

richtung eines Gewerbegerichts zu verhalten habe, da ein vorjähriger Antrag auf Errichtung eines solchen seitens des hiesigen Magistrats abgelehnt worden sei mit der Begründung, daß kein Bedürfnis vorliege. Ein Gegenantrag, Material zur Begründung der Notwendigkeit des Gewerbegerichts, sowie Unterschriften zum Antrage selbst von Arbeitgebern- und -nehmern zu sammeln, wird ebenfalls angenommen.

Seitens der Generalkommission sind die Bauhandwerker aufgefordert worden, am Orte eine Bauarbeiterschutz-Kommission ins Leben zu rufen, die den Zweck verfolgen soll, die Anwendung der Unfallverhütungsvorschriften, sowie die Innehaltung der Bauordnung zu kontrollieren und die gemachten Erhebungen durch Vermittlung des Kartells an die Generalkomission zu überweisen. Beschlossen wird, die Delegierten sollen die Wahlen für die betr. Vertrauenspersonen in ihren resp. Organisationen vornehmen lassen. Da die Zimmerer sich noch ablehnend verhalten in der Frage der Beitragserhöhung, soll sich der Vorsitzende an den Zentralvorstand der Zimmerer wenden, behufs Intervention.

Die Gewerkschaften sollen dem Kartell Mitteilung machen, wenn sie eine Versammlung ansetzen. Schluß 2½ Uhr. Präsenz: Anwesend: Porzellanarbeiter, Buchdrucker, Fabrik- und Handarbeiter, Steinarbeiter je 2, Dachdecker, Zigarrenarbeiter je 1; entschuldigt fehlen 1 Porzellanarbeiter und 1 Maurer, Zimmerer fehlen ganz. (Eingeg. 4. ds.) E. F.

Die Musterung der Militärpflichtigen im Regierungsbezirk Merseburg.

Kreis Wittenberg.

Das diesjährige Ersatz-Geschäft im Kreise wird **am 10., 11., 12., 13., 15., 16., 17. und 18. April in dem Sichlerschen Lokale in Wittenberg, Lindenstraße 17,** und zwar in der Weise stattfinden, daß am 10., 11., 12., 13., 15., 16. und 17. April früh 8 Uhr die Musterung sämtlicher Militärpflichtigen, am 18. April aber vormittags 8 Uhr die Losung unter den 20jährigen Militärpflichtigen erfolgt.

Mittwoch, den 10. April früh 8 Uhr:

Abtsdorf, Apollensdorf, Ateritz, Bergwitz, Berkau, Bietegast, Bleddin, Bleesern, Blönsdorf, Boos, Bösewig, Braunsdorf, Bülzig, **Stadt Kemberg und die Militärpflichtigen des Jahrgangs 1881 der Stadt Wittenberg.**

Donnerstag, den 11. April früh 8 Uhr:

Wittenberg, und zwar die Jahrgänge 1879 und 1880.

Freitag, den 12. April früh 8 Uhr:

Dabrun, Dahlenberg mit Leipnitz, Danna, Dietrichsdorf, Dobien, Dorna, Eckmannsdorf, Elster, Euper, Eutzsch, Feldheim, Gaditz, Gallien, Gielsdorf, Globig, Gniest, Gommlo **und Stadt Pretzsch** mit Domäne.

Sonnabend, den 13. April früh 8 Uhr:

Grabo, Greudnitz, Großkorgau, Großwig, Hohndorf, Jahmo, Iserbegka, Kerzendorf, Klebitz, Kleinkorgau, Kleinwittenberg, Kleinzerbst, Klitzschena, Köpnick **und Stadt Schmiedeberg.**

Montag, den 15. April früh 8 Uhr:

Kropstädt, Külso, Kurzlipsdorf, Labetz, Lammsdorf, Leetza, Listerfehrda, Lubast, Marzahna, Mellnsdorf, Melzwig, Merkwitz, Merschwitz, Meuro, Mochau, Moschwig, Naderkau, Nudersdorf, Oesteritz, Ogkeln, Ottmannsdorf **und Stadt Zahna.**

Dienstag, den 16. April früh 8 Uhr:

Pannigkau, Patzschwig, Piesteritz, Pratau, Priesitz, Proschwitz, Brühlitz, Radis, Rahnsdorf, Rackith, Raßdorf, Reinharz, Reinsdorf, Reuden, Rötzsch, Rothemark, Rotta, Sachau, Sackwitz, Schleesen, Schmilkendorf, Schmögelsdorf und Schnellin.

Mittwoch, den 17. April früh 8 Uhr:

Scholis, Schönefeld, Schwabeck, Seegrehna, Selbitz, Splau, Straach, Teuchel, Thießen, Trajuhn, Trebitz, Uthausen, Wachsdorf, Wartenburg, Weddin, Wergzahna, Wiesigk, Wörblitz, Woltersdorf, Wüstemark, Zalmsdorf, Zörnigall.

Aus dem Reiche.

Berlin. Der Stadthaushalt auf das laufende Jahr beläuft sich auf über 109 Millionen Mark. Unter den Ausgaben befinden sich 18.6 Millionen Mark für Unterricht, 17.5 Millionen für Bauwesen, 11.3 Millionen für das Armenwesen, 10.4 Millionen für Verwaltungskosten, 5.6 Millionen für Polizei und Feuerlöschwesen, 4 Millionen für Straßenreinigung und Beleuchtung. Die Anleiheschuld der Stadt wird Ende März 1902 rund 290 Millionen Mark betragen, woran die Kanalisationswerke und Rieselfelder mit 100 Millionen, die Wasserwerke mit 53 Millionen, die Gaswerke mit 29 Millionen, die Markthallen mit 25 Millionen und der Vieh- und Schlachthof mit 15.5 Millionen beteiligt sind.

Braunschweig. Der Schacht Friedrich-Tagesbau der Braunkohlenwerke Viktoria bei Hötensleben ist infolge kolossalen Wassereinbruchs ersoffen.

Meißen. Ein Jugenderzieher. Verhaftet wurde der Lehrer im Dorfe Heynitz wegen schwerer Sittlichkeitsvergehen. Er war ein großer Kämpe für Sitte und Ordnung und machte sich auch als Vorsitzender des Militärvereins für Krögis und Umgegend sehr breit. Er soll seine Schweinereien schon längere Zeit betrieben haben. — Es ist geradezu eine psychologische Notwendigkeit, daß alle unsauberen Elemente als wütende Feinde der Sozialdemokratie sich geberden. Und man kann fast den Satz umdrehen und sagen: Wer mit giftigem Fanatismus die Sozialdemokratie begeifert, hat reichlichen Schmutz am Stecken, wenn es auch noch nicht öffentlich bekannt ist.

München. Wegen Beschimpfung der katholischen Kirche war der Sohn des Druckereibesitzers Fuhrmann zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. In einer Wirtschaft hatte er schon früher einmal über den neben der Thür hängenden Weihwasserbehälter die Bemerkung gemacht „Was habt Ihr den Spucknapf hochgehängt!", woran die Kellnerin Aergernis nahm. Ein andermal sagte er „Was habt Ihr da für einen Spucknapf?" und spuckte hinein. Daran nahm die Kellnerin wiederum Argernis. Das Gericht hat in der Handlungsweise des Angeklagten eine Beschimpfung der katholischen Kirche erblickt. Der Kessel war allerdings, so heißt es im Urteilsspruch, leer, wurde aber öfters im Jahre gefüllt und auch von den Gästen benutzt. Der Angeklagte wollte seine Verachtung gegen den Weihwassergebrauch überhaupt zum Ausdruck bringen. Er stammt aus Köln und ist selbst Katholik. — In seiner Revision machte der Angeklagte geltend, die Verunreinigung des Wassers sei keine Beschimpfung der Kirche, da es selbst ja unrein werden solle. Der Angeklagte habe nur die Kellnerin foppen wollen. — Auf seinen Antrag hob gestern das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Der Unterschied zwischen privatem Gebrauch des Weihwassers und dem zu liturgischen Zwecken dienenden sei im Urteil des Landgerichts nicht erwähnt. Es würde zu untersuchen sein, ob die gegen das Privatgefäß gerichtete Handlung auch gegen den kirchlichen Gebrauch gerichtet war. — **Und wir schreiben 1901!**

Vermischtes.

* **Neues Papier.** In Amerika ist eine neue Methode zur Herstellung von Papier, die angeblich die gesamte Papier-Industrie revolutionieren soll, erfunden worden. Man hat mit einem Kapital von 5 Millionen Dollars eine „National Paper Making Company" gegründet, welche aus den Hülsen des Baumwollsamens, die als Rückstand bei der Fabrikation des Baumwollöls übrig bleiben und in ungeheuren Massen als Abfuhr zu haben sind, ein Papier herstellen soll, das absolut rein ist und niemals wie anderes Papier gelb werden kann. Die Herstellungskosten sollen nur den dritten Teil der bisherigen Methoden betragen, und so hofft die neue Gesellschaft mit dem großartigsten Erfolge einen Kampf auf Leben und Tod gegen den Papier-Trust aufnehmen zu können. Daß man aus diesen wie aus anderen Cellulosefasern Papier machen kann, steht außer Frage; ob aber der Einfluß des neuen Produkts auf die Preisbildung so bedeutend sein wird, ist noch abzuwarten.

* **Ein ordensgeschmückter Sozialist.** Der sozialistische Handelsminister in Frankreich, Millerand, hat vom Kaiser von Oestreich das Großkreuz des Leopoldordens erhalten. Da er früher schon einen russischen hohen Orden erhielt, ist er jetzt im Besitz von zwei Ordensdekorationen. Da nicht anzunehmen ist, daß Millerad sich durch die nichtssagenden Dekorationen „bekehren" lassen wird, könnte man die Ordensverleihungen an einen Sozialdemokraten als eine erheiternde Arabeske im heiligen Klassenstaate betrachten, wenn nicht dieselben Fürsten in Sozialistentöterei alles mögliche leisteten, so daß das politische Reinlichkeitsgefühl den Genossen Millerand hätte abhalten sollen, die Dinger anzunehmen.

* **Ben Miguel redet.** In seiner besseren Zeit war der verstorbene Berliner Oberbürgermeister Zelle auch gelegentlicher Mitarbeiter der Freis. Ztg. Als solcher hat er im Jahre 1887 einen Aufsatz unter den Titel „Ben Miguel redet, Eine Charakterstudie" erscheinen lassen, den wir hier folgen lassen. Es ist eine der besten Satiren, die auf den alten Kommunisten Miguel geschrieben worden sind:

„— Also die königliche Staatsregierung verlangt in ihrer Vorlage nichts mehr und nichts weniger von uns, als daß wir anerkennen sollen: zwei mal zwei ist fünf. Wohlan, meine Herren, ich hebe diese zwei Finger meiner rechten Hand in die Höhe, und hier hebe ich zwei Finger meiner linken Hand in die Höhe, und so wahr das Tageslicht diese Finger bescheint, so wahr ist es, daß diese zwei mal zwei Finger vier machen. Eins, zwei, drei, vier! zählen Sie von rechts nach links, zählen Sie von links nach rechts, — zählen Sie so oft Sie wollen, so wahr Sie Augen haben, zu zählen, so wahr Sie Begriffsvermögen haben, die Zahl festzustellen, immer und ewig werden Sie dahin kommen, daß zwei mal zwei vier ist. — Indessen, man könnte mir einwenden, ich hätte ein grob empirisches Verfahren eingeschlagen, um diesen Satz zu begründen. Gut, lassen wir die Empirie, greifen wir nach dem ersten Buch, in welchem die Wissenschaft ihre Schlüsse zieht. Nehmen Sie das gediegenste Lehrbuch der Zoologie; was finden Sie? Tiere mit zwei Vorderfüßen und zwei Hinterfüßen werden Vierfüßler genannt; also auch in der Wissenschaft ohne weiteres die Annahme, daß zwei mal zwei vier ist. Also, meine Herren, ist es eine ganz unbestreitbare Regel, daß zwei mal zwei vier ist.

Aber, meine Herren, wenn ich diesen Satz als Fundamental-Satz hinstelle, so kann ich nicht umhin, einen gleichwertigen Fundamental-Satz daneben zu setzen: Keine Regel ohne Ausnahme. Das ist ja eben das eigene der Regel und man sagt mit Recht, daß die Ausnahme die Regel bekräftigt. Habe ich vorhin, wie ich glaube, klipp und klar, eine Grundregel bewiesen, so würde ich ihr also ihre Kraft benehmen, wollte ich nicht zugestehen, daß sie Ausnahmen duldet. Und damit nähere ich mich mit logischer Notwendigkeit dem Gedanken an, welchem die Regierungsvorlage Ausdruck giebt. In der That, meine Herren, was mutet man uns zu? Verlangt man von uns, mit einem Saltomortale über die Regel hinwegzuspringen. Sollen wir zustimmen, daß zwei mal zwei sieben, acht, neun oder zehn ist? Keineswegs; es handelt sich um eine lumpige eins, die zu der vier hinzugesetzt wird, und wir können es den grundsätzlichen Neinsagern und Nörglern überlassen, um diese Bagatelle zu feilschen. Und dann: auf welchem Gebiet bewegt sich der Streit? Ist es eine Frage der Gesetzeskunde, der Logik, des bürgerlichen Lebens, in welcher wir uns mit den Herren vom Regierungstisch zu messen haben? Nein, meine Herren, es handelt sich um hausbackene Rechenkunst: das Parlament hat keine kalkulatorische Fides, wie die Kalkulatoren, die der königlichen Staatsregierung zu Gebote stehen. Wollen wir der königl. Staatsregierung in dieser technischen Frage die Verantwortung abnehmen? Wenn wir hier kein Vertrauen entgegen tragen, wo soll es sonst geschehen? Wo ist zu regieren ohne Entgegenkommen von seiten der anderen gesegetzbenden Faktoren? Also ich für mein Teil, ich resolviere mich kurz und gut, — und ich weiß, daß ich im Namen meiner gesamten Fraktion spreche, — ich stimme zu und sage in diesem Falle ohne Zaudern: **zwei mal zwei ist fünf.**" (Lebhaftes Bravo bei den Nationalliberalen.)

Letzte Nachrichten.

Berlin, den 5. März. Der neue Zolltarifgesetzentwurf ist im Reichsschatzamt fertiggestellt worden, und wird dem Vernehmen nach sofort den verbündeten Regierungen mitgeteilt werden. Das preußische Staatsministerium dürfte sich in Bälde mit der Materie befassen, und es ist wahrscheinlich, daß der Entwurf in kürzester Zeit an den Bundesrat gelangen wird.

Sangerhausen, den 5. März. Im hiesigen Wahlkreis fanden an mehreren Landorten Versammlungen gegen den Brotwucher statt. Es wurden fast einstimmig Resolutionen gegen jede Erhöhung der Getreidezölle angenommen. Auch einzelne Mitglieder des Bundes der Landwirte sollen dagegen gestimmt haben.

Wien, 5. März. Das Fremdenblatt und die Neue Freie Presse bestätigen, daß die Verhandlungen mit den Jungtschechen zu einem günstigen Resultat geführt haben und daß die Jungtschechen die Rekrutenvorlage, das Branntweinsteuergesetz und die Investitionsvorlage aus der Obstruktion ausgeschaltet haben.

Paris, 5. März. Das Blatt La Presse berichtet aus London: Aus bester Quelle verlautet, daß die letzte Reise Dr. Leyds nach Paris mit den Friedensverhandlungen, die zwischen Kitchener und Botha gepflogen sein sollen, in Zusammenhang stand. Diese Unterhandlungen werden nunmehr mit Milner, der zu diesem Zweck von Kapstadt nach Pretoria abgereist ist, wieder aufgenommen werden.

London, 5. März. Aus Shanghai wird gemeldet: Es steht nunmehr fest, daß der chinesische Hof die Rückkehr nach Peking angeordnet hat.

Achtung, Gewerkschaften.

Listen für die streikenden Steinsetzer sind vom Sekretär des Metallarbeiter-Verbandes, Genossen Kähne, Gartenstraße 7, zu entnehmen.

Achtung, Fabrikarbeiter Merseburgs.

Kollegen! Wieder einmal nehmen wir Veranlassung, Euch, die Ihr uns noch fernsteht, aufzufordern, zu uns in die Organisation zu treten, mit uns an der Besserung der Lage unserer Kolleginnen und Kollegen zu arbeiten, mit uns unsere gemeinsamen geistigen und wirtschaftlichen Interessen zu wahren, an dem Kampfe, den wir führen zur Befreiung aus wirtschaftlicher Tyrannei, thätigen Anteil zu nehmen. Kollegen, wie traurig unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Merseburg sind, ist allgemein bekannt. Wie oft seid Ihr schon aufgefordert worden, zu kämpfen für die Rechte der Enterbten, Entrechteten und Bedrückten, für Eure Rechte, unbeachtet habt Ihr die Aufforderung verhallen lassen oder mit dem billigen Einwand beantwortet: Euer Kampf und Euer Ringen nützt ja doch nichts! Deshalb rufen wir der Mehrzahl der Kollegen in der sogen. Königsmühle und der Buntpapierfabrik und den Ziegeleien zu, erwacht endlich einmal aus dem langen Winterschlafe, legt ab das Duckmäuserwesen und zeigt, daß ihr zielbewußte Männer sein wollt, bedenkt die hohen Preise unserer Lebensmittel. Auch unser Brot soll ein Luxusartikel werden, und unsere Wohnungen werden auch alle Jahr teurer. Die Unternehmerklasse frägt Euch nicht, wie viel Lohn bedürft Ihr zur Bestreitung Eurer notdürftigsten Bedürfnisse, zur Erhaltung Eurer Familie. Ein jeder Arbeiter muß dahin streben, seine Arbeitskraft zu verkaufen, so teuer wie möglich, um sich und seiner Familie ein menschenwürdiges Dasein zu erwirken und nicht, wie es in Merseburg gemacht wird, 60—80 Stunden zu arbeiten für 10 bis 13 Mark.

Um hier am Orte den krassen Zuständen einmal ein Ende zu machen, dazu gehört eine straffe Organisation. Darum rufen wir Euch zu, Fabrik-, Handarbeiter und Arbeiterinnen von Merseburg: **Organisiert Euch, tretet bei dem Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Merseburg.** Vereinigt Euch mit Euren Leidensbrüdern und Leidensschwestern, damit Ihr, die Ihr habt Leid, Not, Mangel und Entbehrung, geeint werdet als Kämpfer, die für gerechte Bezahlung der Arbeitsleistung den Kampfplatz zu betreten. Kolleginnen und Kollegen, groß ist die auf uns lastende wirtschaftliche Not, kämpft dagegen mit der Waffe der Organisation. Mit dieser Waffe werden wir siegen. Viel wenige machen ein viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel.

Also frisch und frei auf zur Organisation! K. A.

Quittung.

Eingelaufene Gelder für die streikenden Steinsetzer:
Verband deutscher Buchbinder 10 Mk.
Deutscher Holzarbeiterverband 50 Mk.
Zentralverband der Töpfer 10 Mk.
Aus dem Fonds der Former und **Hilfsarbeiter 100 Mk.**
Die Streikleitung.

Litteratur.

Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen Stuttgart, Dietz Verlag). Nr. 5 enthält u. a.: An das werkthätige Volk! — An die Genossinnen! — Umfang und Bedingungen der gewerblichen Kinderarbeit. — Erster Vierteljahrsbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Feuilleton: Multatuli. — Notizenteil von Lily Braun und Klara Zetkin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Soziale Gesetzgebung. — Genossenschaftsbewegung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland — Frauenbewegung.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. ist soeben erschienen Heft 19 u. 20 des Lieferungswerkes: **Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie,** herausgegeben unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten von Emanuel Wurm.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Harnorgane und deren Erkrankungen. — Die Geschlechtsorgane. — Schwangerschaft, Niederkunft und Wochenbett. — Die Frauenkrankheiten. — Die ansteckenden Geschlechtskrankheiten und die Prostitution. — Die Infektionskrankheiten.

Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pfg. erscheinen und in 25 Heften komplett vorliegen.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteure entgegen.

Alle vierzehn Tage erscheint ein Heft.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. ist soeben zur Ausgabe gelangt Heft 12 u. 13 des reich illustrierten Werkes **Das hungernde Rußland.** Reiseeindrücke. Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Lehmann und Parvus.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die gesundheitlichen Verhältnisse im Hungergebiet. — Die ärztliche Hilfe. — Wie die Regierung die Bauern ernährt.

Neben der bereits komplett vorliegenden Ausgabe, welche broschiert 6 M., gebunden 7.50 M. kostet, erscheint das Werk auch in 16 Lieferungen à 40 Pfg.

Sämtliche Buchhandlungen und Kolporteure nehmen Bestellungen entgegen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd), 3. März.

Aufgeboten: Der Diener Freyberg und Emma Hebestadt (Merseburger Chaussee 8). Der Tischler Dörr und Ida Bertholdi (Halle und Leipzig). Der Heizer Julitz und Ida Dieckmeyer (Halle und Mansfeld). Der Fabrikant Böge und Margarete Eisenschmidt (Halle und Leipzig-Eutritzsch).

Eheschließungen: Der Arzt Dr. med. Meyer und Elise Herrmann (Stendal und Halle). Der Eisendreher Schill und Margarete Gipser (Wörmlitzerstraße 107 und Thorstraße 22). Der Maler Naumann und Alma Bäumling (Saalberg 26 und 4). Der Böttcher Schacher und Klara Hammer (Schillerstraße 23 und Marthastraße 17). Der Arbeiter Kehling und Marie Ziegner (Raffineriestraße 3 und Große Steinstr. 12). Der Sergeant Meyer und Martha Küster (Merseburger Chaussee 10 und Charlottenstraße 3). Der Kaufmann Niemer und Karoline Cavael (Bremen und Leipzig). Der Verwaltungsgehilfe Mantel und Minna Schlurick (Vorbeck und Hochstraße 17). Der Kaufmann Sparing und Albertine Cornely (Weißenschirmbach und Halle).

Geboren: Dem Arbeiter Cieslelski ein S. (Schmiedstraße 31). Dem Dozenten Dr. med. Braunschweig ein S. (Große Steinstraße 58). Dem Arbeiter Hallen eine T. (Taubenstraße 24). Dem Materialwarenhändler Herfurth ein S. (Blücherstraße 16). Dem Arbeiter Schmidt eine T. (Gerberstraße 5).

Gestorben: Des Dozenten Dr. med. Braunschweig S., 1 T. (Große Steinstr. 58). Des Buchbinder Hartlieb S., 6 Mon. (Elisabeth-Haus). Der Arbeiter Mettin (Klinik). Die Witwe Huth, 85 J. (Kapellengasse 1). Der Paketträger a. D. Weckel, 64 J. (Große Märkerstraße 17).

Halle (Nord), 2. März.

Aufgeboten: Der Bäckermeister Hänel und Auguste Franz (Geiststraße 46).

Eheschließungen: Der Arbeiter Kuppe und Martha Berger (Belfortstraße 2 und Weißenburgstraße 8). Der Bierfahrer Kupfernagel und Helene Kleinstäber (Schleifweg 6 und Fährstraße 1/2). Der Gelbgießer Mühlhan und Emilie Müller (Ludwig Wuchererstraße 78 und Moritzkirchhof 6). Der Rangierer Langholz und Ida Hennig (Germarstraße 5 und Petersbergstraße 48). Der Former Koch und Auguste Pöhlitz (Mötzlicherstraße 7 und Große Steinstraße 4). Der Buchbinder Weise und Ida Pforte (Große Brunnenstraße 63 und Leopoldstraße 34).

Geboren: Dem Kernmacher Thielicke ein S. (Eichendorffstraße 36). Dem Arbeiter Radam eine T. (Gabelsbergerstraße 28). Dem Arbeiter Meng eine T. (Große Wallstraße 42). Dem Schuhmacher Ohr eine T. (Große Wallstraße 38). Dem Arbeiter Bialek ein S. (Trothaerstraße 2).

Gestorben: Der Privatmann Göhre, 85 J. (Seebenerstraße 44). Der Buchhalter Müller, 67 J. (Ludwig Wuchererstraße 29). Die Witwe Weger, 44 J. (Harz 11). Der Klempner Große, 72 J. (Adolfstraße 4). Die Witwe Lindemann, 71 J. (Reilstraße 32).

Halle (Süd), 4. März.

Aufgeboten: Der Arbeiter Hoenig und Elise Wachsmuth (Kleiner Sandberg 19 u. Unterteutschenthal). Der Schlosser Martin und Anna Gumpert (Oleariusstraße 8 und Wettinerstraße 33). Der Heizer Stück und Elisabeth Sommer (Krukenbergstraße 11 u. Augustastraße 15). Der Schlosser Jacob und Anna Heinze (Wolfstraße 21 und Eichendorffstraße 17). Der Schlosser Martin und Minna Stutzbach (Thomasiusstraße 3 u. 12). Der Häusler Robbert und Karoline Eckstein (Merbitz und Magdeburgerstraße 30). Der Schriftsetzer Jacob und Klara Schade (Königstraße 25 und Wittekindstraße 17). Der Bäckermeister Grey und Anna Stemmler (Dornbock und Morl). Der Schiffsbauer Gleitsmann und Antonie Roeder (Nebra und Halle). Der Monteur Kunze und Friederike Wölfer (Klostermansfeld). Der Modelltischler Pohl und Karoline Wille (Halle und Eisleben). Der Buchhändler Warnstorff und Gertrud Nieszytka (Halle und Königsberg). Der Landwirt Waldek und Barbara Kubica (Schwarzwald u. Granowics). Der Kupferschmied Roeben und Klara Pabst (Bremen und Halle). Der Musiker Bachigaloupi-Tourniaire und Marie Kosak (Brüssel). Der Müller Richter und Bertha Kanis (Halle und Lissen).

Geboren: Dem Bremser Franke ein S. (Dryanderstraße 19). Dem Restaurateur Schrödter eine T. (Thalamtstraße 4). Dem Tischlermeister Gawanke eine T. (Alte Promenade 27). Dem Kernmacher Starke ein S. (Wörmlitzerstraße 20). Dem Arbeiter Zimmermann ein S. (Ratswerder 16). Der Maler Grimm eine T. (Thomasiusstr. 42). Dem Schleifer und Siebmacher Dost eine T. (Leipzigerstraße 94). Dem Schlosser Kathe eine T. (Wolfstraße 23). Dem Lokomotivführer Strahl ein S. (Meckelstraße 26). Dem Grubenarbeiter Streich ein S. (Böllbergerweg 58). Dem Arbeiter Diemann eine T. (Kleine Ulrichstraße 8). Dem Bierfahrer Schneider eine T. (Glauchaerstraße 32).

Gestorben: Des Arbeiter Richter T., 3 Mon. (Schmiedstraße 23). Der Maler Reutzsch, 65 J. (Am Bauhof 8). Der Schmied Schwenke, 56 J. (Gottesackerstr. 1). Der Arbeiter Herrmann, 66 J. (Klinik). Der Gepäckträger Pfautsch, 69 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Die Witwe Rosch, 74 J. (Marienstraße 6). Des Briefträger Lück S., 5 J. (Meckelstraße 13). Des Architekt Geschke T., 3 J. (Mansfelderstraße 55). Des Rentner Müller Ehefr., 47 J. (Klinik). Der Arbeiter Trimmel, 73 J. (Bergstraße 4).

Halle (Nord), 4. März.

Aufgeboten: Der Werkmeister Rinckleben und Dora Bergmann (Schillerstraße 41 und Hannover). Der Eisendreher Heinrichs und Minna Burgk (Seebenerstraße 54 und Lettinerstraße 3). Der Fuhrwerksbesitzer Thienemann und Agnes Irmisch (Schillerstraße 42).

Geboren: Dem Kaufmann Lindecke ein S. (Herderstraße 5). Dem Schneider Müller ein S. (Weidenplan 3). Dem Vize-Feldwebel Jacob ein S (Dessauerstraße 70). Dem Tischler Beuster ein S. (Adolfstraße 4). Dem Geschirrführer Ochse ein S. (Reilstraße 113). Dem Klempner Richter ein S. (Fritz Reuterstraße 3). Dem Eisendreher Hoffmann ein S. (Triftstraße 9).

Gestorben: Des Fleischermeister Damm S., 4 Mon. (Neumarktstraße 14). Der Arbeiter Jentzsch, 63 J. (Diakonissenhaus). Der Dreher Ehlers (Klinik).

Zur Anmeldung im Standesamt ist Legitimation erforderlich. Steuerzettel sind ausgeschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219010306-17/fragment/page=0008